

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementpreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholstellen und der Expedition abgezahlt 20 Pf.
Viert. läblich
90 Pf. frei ins Haus,
60 Pf. bei Abholung.
Durch alle Postanstalten
1,00 M. pro Quartal, mit
Briefträgerabteilung
1 M. 40 Pf.
Sprechstunden der Redaktion
11—12 Uhr Vorm.
Kettwigerstrasse Nr. 6.
XVII. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Postreformen.

Der neue Staatssekretär im Reichspostamt sammelt billige Vorbeeren, indem er wenigstens einige Verkehrserleichterungen, welche sein Vorgänger Jahr aus Jahr ein mit einem bereiten Hinweis auf die finanziellen Folgen verweigert hatte, zugestellt. Die Erhöhung der Maximalgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gr. sollte nach Herrn v. Stephan einen Ausfall von 4 bis 5 Millionen bedeuten. Herr v. Podbielski aber weist nach, daß es sich nur um 2½ Millionen Mk. handelt. Wie mag das wohl zusammenhängen? Hat sich doch auch Herr v. Stephan auf statistische Erhebungen berufen. Ein weiteres Argument ist die Herabsetzung des Berliner Stadtportos von 10 auf 5 Pf., wie in allen anderen großen Städten, und endlich die Ausdehnung des niedrigen Stadtportos auf die Vororte, wobei angeblich mehrere hundert Ortsgruppen in Betracht kommen. Der gesamte Ausfall an Einnahmen ist auf 5½ Millionen Mk. berechnet.

In der im wesentlichen schon mitgetheilten Begründung wird der Zusammenhang, der zwischen diesen Vorschlägen und der Forderung, das Postregal auf geschlossene Ortsbriefe auszudehnen, nur gefreist. Aber die sonstigen Gründe, welche für diese Forderung beigebracht werden, sind so wenig gewichtig, daß man darin in der Haupthand nur eine fiscalische Maßregel sehen kann. So wird behauptet, die „Lücke“ im Postrecht, welche die gewerbsmäßige Beförderung von geschlossenen Briefen innerhalb desselben Ortes freigiebt, habe die Errichtung zahlreicher Privatanstalten zur Folge gehabt, von denen zur Zeit 78 im Betriebe sind. Das ist ein Irrthum. Die Lücke, die schon im Posttagessetz von 1867 bestand, hat zwar die Errichtung von Privatposten ermöglicht; das Bedürfnis für diese ist aber durch die Unzulänglichkeit der Reichspost hervorgerufen. Dass diese Anstalten nicht dieselbe Sicherheit wie die Reichspost bieten, deren Beauftragte Beamten-Charakter haben, versteht sich von selbst. Aber wer z. B. in Berlin durch die Postfahrt geschlossene Briefe zu 3 anstatt zu 10 Pfennigen besorgen läßt, macht an die Bestellung bestehende Ansprüche oder er kann das höhere Porto nicht erschwingen. Dass Briefverluste vorkommen, ist keine besondere Eigenhümlichkeit der Privatposten, das kommt auch bei der Reichspost vor. Wären die Privatposten so schlecht, wie die Begründung behauptet, so würde das Publikum und vor allem die Geschäftswelt sich ihnen nicht bedienen.

Der Vorwurf, daß die Reichspostverwaltung, indem sie den Privatposten die Beförderung geschlossener Briefe entziehen will, nach einer Vermehrung ihrer Einnahmen strebe, ist also durchaus gerechtfertigt. Die Begründung gesteht das auch selbst ein, indem sie darauf hinweist, daß der Postverwaltung in steigendem Maße beträchtliche Einnahmen entzogen worden seien, ohne daß sie durch den Wegfall der von den Anstalten verrichteten Leistungen in der Lage gewesen sei, ihre auf den Gesamtverkehr berechneten, kostspieligen Betriebseinrichtungen in den Städten einzuschränken und dadurch den Einnahmeausfall wenigstens teilweise auszugleichen. Tatsächlich sind die Einnahmen der Postverwaltung auch in den Städten erheblich gestiegen, trotz der Konkurrenz der Privatposten. In Berlin z. B. wäre die Konkurrenz von vornherein verhindert worden, wenn die Reichspost sich nicht dagegen coprikt hätte, für die Beförderung eines Briefes von einer Straße in eine andere dasselbe Porto zu erheben wie für einen Brief von einer Grenze des Reichs bis zur anderen. Auf Grund der billigen Taten der Privatposten hat sich ein Verkehr entwickelt, der zu den Reichsposttaten nicht existieren könnte. Die Behauptung, daß ein Verkehrsbedürfnis nicht vorgelegen habe, ist also widerlegt. Dass die Privatposten zu Gewerbszwecken gegründet seien, bedeutet keinen Vorwurf. Auch die Reichspost erstrebt Überschüsse und ist sogar gewillt, den 78 Privatposten mit einem Schlag den Garaus zu machen, um eine Mehreinnahme von 1½ Millionen Mark zu erzielen. Die Berufung darauf, daß die Reichspost „eine gemeinnützige, dem öffentlichen Wohl dienende, von allen Sonderinteressen freie Verkehrsanstalt“ sei, ist demnach nicht durchschlagend. Man will eben eine unbequeme Konkurrenz beseitigen und obendrein ohne jede Entschädigung.

Politische Tageschau.

Danzig, 26. Februar.

Reichstag.

Der Reichstag hielt gestern zwei Sitzungen ab. Zunächst wurde in zweiter Lesung die Vorlage betreffend die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen beraten. Die Commission hat beschlossen, daß die Entschädigung nicht bloß bei erwiesener Unschuld, sondern schon dann gezahlt wird, wenn dagegen ist, daß ein begründeter Verdacht gegen den Angeklagten nicht mehr vorliegt. Gegen den weitergehenden sozialdemokratischen Antrag, welcher jedem im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochenen einen Entschädigungsanspruch gewähren will, erklärte sich, wie schon erwähnt, der Staatssekretär des Reichsjustizamtes Nieberding mit der Drohung, daß das Gesetz dann ev. scheitern werde. Nach einer zweistündigen Debatte wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Antisemiten und des Abg. Rintelen (Centr.) abgelehnt.

Vor einer weiteren Abstimmung bewieselte der Abg. Singer (Soc.) die Beschlußfähigkeit des

Hauses und die Sitzung mußte abgebrochen werden.

Aber auch die 20 Minuten später anberaumte neue Sitzung fand ein unnatürliches Ende. Auf der Tagesordnung standen die Anträge des Abg. Rintelen (Centr.) und Lenzen (freil. Volksp.) betreffend die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen. Nach einer anderthalbstündigen Verhandlung war, in welche auch der Staatssekretär Nieberding eingriff, um einzustehen, daß der Widerstand im Schooß der verbündeten Regierungen gegen die orjährigen Beschlüsse des Hauses nicht geringer geworden sei, wurden wiederum, und zwar seitens des Abg. v. Buchha (conf.) vor der Abstimmung über die Abänderungsanträge zum § 77 (Drei- oder Fünfmänner-Collegium) Zweifel an der Beschlusshfähigkeit des Hauses erhoben, und da diese begründet waren, ging das Haus unverrichteter Sache auseinander.

Nächste Sitzung Montag. Auf der Tagesordnung steht der Entwurf des Reichseisenbahnamts.

Berlin, 25. Febr. Die Reichstagscommission hat heute mit 10 gegen 2 Stimmen die ersten drei Paragraphen der Postdampfersubventionsvorlage betreffend die Erhöhung der Jahressubvention um 1½ Millionen und den Fahrgechwindigkeit angenommen; ferner der Antrag Müller-Fulda, daß die Dampfer abwechselnd von Hamburg und Bremen abzuhauen haben. Sie hat dagegen einen Antrag, daß die Dampfer abwechselnd Antwerpen und Rotterdam anlaufen müssen, abgelehnt.

Die Marinevorlage in der Budget-Commission.

In der heutigen Sitzung der Budget-Commission des Reichstages wurde über die Marinevorlage weiter berathen.

Referent Abg. Lieber (Centr.) weist auf die zahlreichen Bewilligungen des gegenwärtigen Reichstages für die Marine hin und erörtert sodann die Frage, ob durch Bewilligung der Vorlage eine Bindung des Reichstages hinsichtlich des verfassungsmäßigen jährlichen Budgetrechts erfolgt. Der Artikel 71 der deutschen Reichsverfassung bestimmt:

„Die gemeinschaftlichen Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt, können jedoch in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bestimmt werden.“

Diese Bestimmung ist ohne jede Debatte s. J. aus der Verfassung des Norddeutschen Bundes in die Verfassung des deutschen Reichs übergenommen worden. In den maßgebenden Kreisen des konstituierenden Reichstages, der die Verfassung des Norddeutschen Bundes machte, sei man der Ansicht gewesen, daß die Forderungen für die Marine auch auf längere Zeit bewilligt werden könnten. Der Referent weist dies aus den Acten nach. Es scheine ihm unbedingt festzuhalten, daß der Art. 71 der Verfassung die Grundlage der Regierungsvorlage sei. Die Annahme sei irrig, daß die Bewilligung der Vorlage dem Budgetrecht des Reichstages widerspreche. Alle Argumente, welche wegen angeblicher Verletzung des Budgetrechtes des Reichstages gegen die Vorlage vorgebracht wurden, seien verfehlt. Es fragt sich, ob jetzt die Zeit gekommen sei, um von dem Artikel 71 Gebrauch zu machen. Sehr wichtig sei dabei die Frage nach der Leistungsfähigkeit des Landes. Er stehe nicht auf dem Standpunkt des Straßburger Professors Meyer, welcher gejagt habe, wo es sich um die Vertheidigung des Landes handelt, dürfe nicht nach Mitteln gefragt werden. Ihm scheine eine ausgleichende Gerechtigkeit für die Forderungen und für die vorhandenen Mitteln das Richtige. Der Reichstag soll bis zu einem gewissen Maß durch das Gesetz gebunden werden, dagegen sei in der Vorlage die Bindung der Regierung nicht klar genug ausgedrückt. Es müßte die jährliche Feststellung des Budgets durch den Reichstag in der Vorlage hervorgehoben werden. Bei Wahrung des Budgetrechts könnte man sich die Engländer zum Vorbild nehmen. Schließlich schlägt der Referent vor: 1) auch die Reorganisation der Marine mit in das Gesetz aufzunehmen, um zu verhindern, daß die Regierung mit Nachforderungen komme, 2) daß die Gesamtsumme der Kosten in Höhe von 474 Millionen für Ersatz- und Neubauten in das Gesetz aufgenommen werde mit der Maßgabe, daß, soweit die Durchführung des Gesetzes auf Grund dieser Kostensumme nicht bis zum Jahre 1904 erfolgt sei, die Fortführung nach 1904 stattfinden könne.

Staatssekretär Tirpitz erklärt, die Regierung sei bereit, bei einer Fassung, die dem Reichstag erwünschter sei, mitzuwirken unter der Voraussetzung, daß die Frist bis zur Fertigstellung nicht überschritten und die Schiffe in brauchbarem Zustande erhalten würden.

Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.) äußert sich zustimmend im Sinne des Vorredners und dankt dem Referenten für seine Aufführungen über das verfassungsmäßige Budgetrecht.

In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß aus Gründlage der Vorlage des Abg. Lieber und der Erklärungen des Staatssekretärs Tirpitz eine Verständigung über die Vorlage gesichert erscheint.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus sah gestern die Beurteilung des Handelssets fort. Eingehend wurden zunächst die Handwerkerfrage, das gewerbliche Fortbildungsschulwesen etc. erörtert. Die Anfrage des Abg. Richter, ob der Versuch, den Lehrern an den Fortbildungsschulen statt des Jahre lang gesahlten Stundenhonorars von 2 Mark nur 1,50 Mk., höchstens 1,75 Mk. zu zahlen, vom Ministerium ausgehe, wurde von Geh. Rath Simon bejaht und mit dem Mangel an verfügbaren Mitteln begründet.

Abg. Ehlers-Danzig (freil. Vereinig.) erklärte sich mit der Antwort des Geheimrats Simon nicht zufrieden. Wenn der Staat das Fortbildungsschulwesen in den Provinzen Westpreußen und Posen einmal in die Hand ge-

nommen habe, dann müßte auch das Geld dazu vorhanden sein. Der Minister sei doch sicher, daß hier im Hause ihm die nötigen Mittel be Verfügung würden.

Der zweite Theil der Sitzung wurde durch eine ausgedehnte Debatte über die Wirkungen und die Durchführung des Börsengesetzes, insbesondere in Berlin, ausgefüllt, woran sich von den Aggressoren die conservativen Abg. Frhr. v. Erffa, Graf Schwerin und v. Arnim, von liberaler Seite der Abg. Richter (freil. Volksp.) und Goethe (freil. Vereinig.) beteiligten.

Der Handelsminister Brefeld betonte, man müsse an dem Grundsatz festhalten, daß die Börse sich unter das Gesetz zu stellen habe. Bis zur Einrichtung des Zentralpostprozesses durch das Oberverwaltungsgericht sollen nach einem Beschluss des Staatsministeriums weitere Anordnungen nicht getroffen werden. Auch die Regierung halte eine Centralstelle für Preisnotierungen in Berlin für wünschenswert, allein diese Einrichtung müsse von den Interessenten ausgehen, neue Märkte zu errichten, habe die Regierung kein Recht. Nur bei den bestehenden Märkten könne sie die Einrichtung einer Preisnotierungs-Commission verlangen.

Heute steht die Vorlage über die Centralgenossenschaftskasse und der Antrag Brockhausen betreffend die Besteuerung der Börsen auf der Tagesordnung.

Nachwirkungen des Jola-Prozesses.

Der Ausgang des Jola-Prozesses sowie der Gieg des Ministerpräsidenten Méline, des Pontius Pilatus des Labor'schen Plaidoyers, wird noch immer lebhaft in der gesammten Presse Frankreichs und des Auslandes besprochen. Die deutschen Blätter sind mit wenigen Ausnahmen auf antisemitischer Seite über das Urteil und die möglichen weiteren Consequenzen des Sieges der Militärpartei — des ersten Sieges des französischen Generalstabs seit fünfzig Jahren, wie ein französisches Wochblatt sagt — einer Meinung. Die „Aöln. Blg.“ schreibt, „nur ein solches Altertumswidrig-Urteil konnte den gerichtlichen Carnaval abwickeln, der vierzehn Tage hindurch vorgeführt wurde. Nur ein solcher Ausgang von einer Gerichtsverhandlung, in welcher die ganze gesetzte Welt sich dem Beschuldigten auf der Anklagebank begegnete, war der dritten Republik, der Republik der Wilson, Boulangier, Arton, Esterhazy würdig.“

Die freikonservative „Post“ constatirt, daß lediglich die Armeen, vertreten durch ihre Offiziere, in dem Prozeß „Recht gesprochen“ habe und bemerkt dazu:

Schmeichelhaft wird das Urteil der Welt über diese Vorgänge und alle mit ihnen verbundenen Zuckungen der Volksstimme in Frankreich gewiß nicht ausfallen, dafür sind zu intim: Einzelheiten aus dem Leben und Treiben der Offiziere des Generalstabs bekannt geworden, dafür hat die geistige Bedeutung der Führer des französischen Heeres sich in einem ungünstigen Licht gezeigt. Und dennoch ist diese Armee das Einzigste, was im Lösen und Branden der Fluth bestand. Eine Republik aber, in der das Heer gebietet, ist ein Nonsense. Wenn aber auch vorläufig für uns noch gar kein Grund vorliegt, die Entwicklung der Lage in Frankreich mit Besorgniß zu verfolgen, so drängt sich uns doch unwillkürlich der Gedanke auf, daß Frankreich in eine andere Bahn einlenken könnte. Wenn die aber zuletzt führen würde, ist vorläufig noch ungewiß.

Das Organ des Fürsten Bismarck, die „Hamb. Nachrichten“, führt aus:

Die unfagbar eitlen Franzosen bilden sich bekanntermaßen stets ein, daß die Augen der ganzen gebildeten Welt auf sie gerichtet sind, und so haben denn auch diesmal sowohl die Herren vom Großen Generalstab, wie Jola selbst und sein Vertheidiger nicht umhin können, in besonders vattheitlichen Augenblicken von „l'Europe qui nous regarde“ zu reden. Alle diese Herren, die auf der erhabenen Weltbühne zu agiren glauben, haben dabei nur den Hauptpunkt übersehen, daß das Geschäft, welches sie dort in aller Offenheitigkeit vollzogen, ihrem Lande keineswegs zur Ehre gereicht.

Die „Nation“ schreibt u. a.:

Es ist eine grausame Ironie der Geschichte, daß die fünfzigjährige Wiederkehr der Februar-Revolution durch die Verurtheilung Emile Jolas zu einem Jahr Gesängnis gefeiert wird. Man wird unwillkürlich an das berüchtigte Wort Odilon Barrot erinnert: „la légalité nous tue“, wenn man diese Boissons, Paty du Clam, Esterhazy und andere Söhnen des göttlichen Weltordnens das Recht brüskiren sieht. Und dabei der gut gekleidete Nob, d. r. im Gerichtssaale sein „Nieder mit Jola!“ schreit und auf der Straße seinen Esterhazy umarmt! Man versteht die Verachtung, die Jola angesichts solcher Scenen den Ausdruck auf die Lippen gebracht hat: „Diese Kannibalen!“

Die den Geischnorenen am Mittwoch vorgelegten Schuldfragen halten übrigens folgendes Würdigung:

1. Ist der Angeklagte Perreug schuldig, das Kriegsgericht verleumdet zu haben dadurch, daß er in seinem Blatt „Aurore“ vom 12. Januar d. J. einen „Emile Jola“ unterzeichneten Aufsatz veröffentlicht hat, der jene Ihnen im Wortlaut bekannten Schmähungen enthält? 2. Ist der Angeklagte Jola schuldig, dem Verleger Perreug oder einem seiner Redakteure die Mittel zur Begehung und Veröffentlichung dieser Verleumdungen geliefert zu haben?

Diese beiden Fragen hat die Jury ohne Bevollmächtigender Umstände bejaht. Dann hat der Gerichtshof das höchstmögliche Strafmaß verhängt.

Die Kosten des Prozesses, die der Verurtheilte zu tragen hat, belaufen sich auf 150000 Francs. Da Jola diese Summe nicht besitzt und jeden fremden Beitrag abweist, stellt der Verleger Charpentier Jola die Summe als Vorschuß zur Verfügung. Labori verzweigt entschieden jede Honorarannahme, obwohl ihm Jola 10000 Francs bietet. Labori erklärt, er molle in diesem historischen Prozeß nur für Recht und Gesetz eingetreten sein.

Paris, 25. Febr. Eine Note der „Agence Havas“ bestätigt, daß Oberst Picquet pensioniert wird. Ein Lieutenant Namens Chaplain, welcher an Jola ein Glückwunschkreis gerichtet hat, wurde zur Disposition gestellt; auch der Schreiblackverstandige im Jolaprozeß, Professor am Polytechnikum Grimaux, wird pensioniert.

Wien, 25. Febr. Die christlich-socialen Abgeordneten des niederösterreichischen Landtages mit den beiden Bürgermeistern von Wien und dem Fürsten Aloisius Lichtenstein an der Spitze haben einen telegraphischen Glückwunsch an Drumont in Paris gesandt, um ihm zum Sieg der Antisemiten im Prozeß Jola zu gratulieren.

Eine neue Ungezüglichkeit!

Es wird dem „D. Reich-bl.“ von verschiedenen Seiten mitgetheilt (kürzlich erst wieder aus Mühlau, aus Leutnitz und aus Dobersaul, drei Orten im Kreise Rosen), daß zu den Mitgliedern des „Nordost“ in die Wohnung Gendarmen gekommen sind, um die Namen der „Nordost“-Mitglieder ihres Kirches zu erfahren. Das ist ein Verlangen, welches sich gleichlich nicht rechtzeitig läßt. Das preußische Vereinsgesetz vom 11. März 1850 schreibt im § 2 vor:

„Die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten beüben, sind verpflichtet. Statuten des Vereins und das Verzeichniß der Mitglieder binnen drei Tagen nach Gistung des Vereins, und jede Änderung der Statuten oder des Vereinsmitglieder binnen drei Tagen, nachdem sie eingetragen ist, der Ortspolizeibehörde zu kennzeichnen.“

Durch dieses Gesetz wird vorausgesetzt, daß jeder Verein einen bestimmten Sitz hat. Die Statuten und das Mitgliederverzeichniß sind nur an diesem Vereinsorte einzutragen, nicht auch da, wo auswärtige Mitglieder wohnen. So haben auch das Obertribunal und das Kammergericht entschieden. Der Sitz des Bauernvereins „Nordost“ ist Röslin. Also hat er es nur mit der Polizeibehörde in Röslin zu thun und anderseits hat nur diese Polizeibehörde die im oben angeführten § 2 des Vereinsgesetzes angegebenen Befreiungen. Anderswo hat kein Gendarm das Recht, Mitgliederlisten des „Nordost“ einzufordern.“

Es ist hiernach erfärblich, daß Vertrauensmänner, deren gesetzliche Stellung sich von der Stellung der anderen Mitglieder nicht unterscheidet, niemals gewungen werden können, über Mitglieder des „Nordost“ dem Gendarmen irgend eine Auskunft zu geben. Die Vertrauensmänner des Vereins brauchen dem Gendarmen, wenn er in die Wohnung kommt und Angaben über den „Nordost“ zu haben wünscht, nur zu sagen, daß außer dem Vorsteher eines Vereins niemand zu Angaben über denselben rechtlich verpflichtet sei. Dann wird der Gendarm sicher nicht wiederkommen.

Bismarck über die Einheitlichkeit der auswärtigen Politik.

Aus der Biographie Kaiser Wilhelms I. von Erich Marcks ist bekannt, daß unmittelbar nach dem Austauchen der dänischen Erbfolgefrage, im November und Dezember 1863, die Stellung des Ministerpräsidenten v. Bismarck ernstlich erschüttert gewesen sei. Wer hierzu vornehmlich befragt habe, erkennen wir aus Briefen des Grafen Robert v. d. Goltz an Bismarck, die Professor Dr. Horst Kohl in den neuesten, nächst Woche erscheinenden Lieferungen des Bismarck-Jahrbuches veröffentlicht. Es war u. a. der preußische Gesandte in Paris, Graf R. v. d. Goltz, der Bismarcks dänische Politik bekämpfte und zwar mit einem Nachdruck, daß letzterer, als der verantwortliche Minister des Auswärtigen, zu energischer Abwehr sich genötigt sah. Sie bestand in einem ausführlichen, sehr bestimmt gehaltenen Schreiben, das am heiligen Abend 1863 von Bismarck verfaßt, jetzt durch Horst Kohl auszugangsweise bekannt wird. Wir teilen im Nachstehenden das principiell W

niemandemtheilen, und ich mühte, wenn Se. Majestät mir dies zumuthen sollte, aus meiner Stellung scheiden. Ich habe dies dem Könige bei Vorlesung eines Ihrer jüngsten Berichte gefragt. Berichte, welche nur die ministeriellen Anschauungen wiederholen, erwartet niemand; die Ihrigen sind aber nicht mehr Berichte im üblichen Sinne, sondern nehmen die Natur ministerieller Vorträge an, die dem Könige die entgegengesetzte Politik von der empfehlen, welche er mit dem gesammten Ministerium im Conseil selbst beschlossen und seit vier Wochen befolgt hat. Eine, ich darf wohl sagen scharfe, wenn nicht seindelige Kritik dieses Entschlusses ist aber ein anderes Ministerprogramm und nicht mehr ein gesandtschaftlicher Bericht...

Wenn Sie statt meiner hier im Amt wären, so glaube ich, daß Sie sich von der Unmöglichkeit der Politik, die Sie mir heute empfehlen, sehr bald überzeugen würden. So kann ich nur sagen: la critique est aisée; die Regierung, namentlich eine solche, die ohnehin in manches Wesentliche hat greifen müssen, unter dem Beifall der Massen zu tabeln, hat nichts Schwieriges; wer ist der Erfolg, daß die Regierung richtig verführt, so ist von Tadeln nicht weiter die Rede; macht die Regierung Fiasco in Dingen, die menschliche Einsicht und Wille überhaupt nicht beherrschen, so hat man den Raum, rechtmäßig vorhergesagt zu haben, daß die Regierung auf dem Holzweg sei...

Vielleicht werden noch andere Phasen folgen, die Ihrem Programm nicht sehr fern liegen; wie aber soll ich mich entschließen, mich über meine letzten Gedanken frei gegen Sie auszulassen, nachdem Sie mir politisch den Krieg erklärt haben und sich ziemlich unumwunden zu dem Vorfall bekannt, das jehige Ministerium und seine Politik zu bekämpfen, also zu besiegen? Ich urtheile dabei bloß nach dem Inhalt Ihres Schreibens an mich. Die Friction, welche jeder in meiner Stellung mit den Minister und Räthen am Hofe, mit den occulten Einflüssen, Kammer, Presse, den freien Hören zu überwinden hat, kann nicht dadurch vermehrt werden, daß die Disciplin meines Kabinetts einer Concurrent zwischen dem Minister und dem Gefandten Platz macht und daß ich die unentbehrliche Einheit des Dienstes durch Discussion im Wege des Schriftwechsels herstelle. Ich kann selten so viel schreiben, wie heut in der Nacht am heiligen Abend, wo alle Beamte beurlaubt sind. Es kann nur eine Politik auf einmal gemacht werden, und das muß die sein, über welche das Ministerium mit dem König einigt. Wollen Sie dieselbe und damit das Ministerium zu werben suchen, so müssen Sie das hier in der Kammer und der Presse an der Spitze der Opposition unternehmen, aber nicht von Ihrer jehigen Stellung aus, und dann muß ich mich ebenfalls an Ihren Sitz halten, daß in einem Conflic des Patriotismus und der Freundschaft der erste entscheidet. Ich kann Sie aber versichern, daß mein Patriotismus von so starker und reiner Natur ist, daß eine Freundschaft, die neben ihm zu kurz kommt, dennoch eine sehr herzliche sein kann.

v. Bismarck.

Graf v. d. Goltz hat in einem Schreiben sich zu rechtsetigen bemüht und unter anderem die „Dictatur des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten“ theoretisch bekämpft.

Deutsches Reich.

* [Die diesjährige Steuererklärung des Finanzministers v. Miquel] ist nach der „Berl. Presse“ beanstandet worden.

* [Russisch-polnischer Arbeiter.] Um Aufhebung des Verbots der Zulassung russisch-polnischer Arbeiter in der Industrie hat der „Bund der Industriellen“ an den Minister des Innern ein ausführlich begründetes Gesuch gerichtet. Veranlassung hierzu boten die Beschwerden der Industriellen aus den Eisenwaren- und Braunkohlen-Industrie. Die betreffende ministerielle Verfügung gestattet die Beschäftigung russisch-polnischer Arbeiter in der Landwirtschaft während einer bestimmten Jahreszeit, schließt sie aber für „rein industrielle“ Betriebe ganz aus. Der Bund hat nach eingehender Beratung innerhalb eines Sachverständigen-Ausschusses Bedenken geltend gemacht. Industrie und Landwirtschaft, die oft ineinander übergehen, mit zweierlei Maß zu messen, und dargeben, daß die Landwirtschaft zuletzt am meisten geschädigt werden könnte, da die Industrie sich genötigt sehen würde, zur Aufrechterhaltung der Betriebe unter Aufsicht höherer Löhne landwirtschaftliche Arbeiter zu gewinnen.

* [Wieder ein „Einzelfall“.] Uebergriffe von Schuhleuten kamen vor der Strafkammer in Düsseldorf zur Verhandlung. Die Autischer Aohl und Schiffer waren beschuldigt, den Schuhmann Jordans aus M.-Gladbach angegriffen und mishandelt zu haben. Die Angeklagten sollen groben Unfug verübt und von dem Schuhmann zur Ruhe verwiesen, diesen durcgeprügelt haben. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß der Autischer Aohl von dem Schuhmann zuerst ins Gesicht geschlagen worden ist, worauf er sich dann allerdings mit seinem Collegen zur Whr setzte. Der Staatsanwalt beantragte trotzdem 3 und 2½ Jahre Gefängnis. Das Gericht sprach die Angeklagten frei, indem es ausführte, daß sich die Angeklagten in Nothwehr befunden hätten. Da der Beamte den einen Auther zuerst schlug, befand er sich nicht mehr in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes, so daß die Schlägerei nur als eine Prügelei zwischen Privatpersonen anzusehen sei.

* [Eine Brodfälschung en gros] wurde vor einiger Zeit durch zwei Aerzte in der Stadt Angers entdeckt, worüber sie eine Mittheilung an die Pariser Akademie der Medizin senden. Auch hier waren wieder einmal die Röntgen'schen Strahlen das Mittel gewesen, in die inneren Geheimnisse dieses merkwürdigen Nahrungsmittels einzudringen. Es wurde eine große Mehllieferung untersucht und festgestellt, daß das Mehl zu 2½ aus mineralischen Stoffen bestand, hauptsächlich aus Aiesel und unlöslichen Alkalihalzen. Der Fälscher hatte sich in diesem Falle also nicht mit einer Kleinigkeit abgegeben, zumal es sich um einen ungeheuren Vorrath handelte, der Tausende von Kilogramm Brod erzeugen sollte. Die Aerzte sprachen sich dringend dahin aus, daß die staatliche Geschiebung Untersuchungen mit Röntgenschen Strahlen für größere Mehllieferungen zwangsläufig einführen sollte, um derartige Attentate auf die Volksgesundheit unmöglich zu machen.

Hamburg, 25. Febr. Der Verband der Bäcker gesellten Deutschlands mit dem Sit in Hamburg hat beschlossen, im Frühjahr gleichzeitig in Lübeck, Stettin, Frankfurt a. M., Nürnberg und Leipzig in die Lohnbewegung einzutreten. Die Hauptforderung ist Abrogation des Truchsystems. Die Hamburger Abteilung hat ihre Beurkundung noch ausgelegt.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 26. Februar.

Wetterausichten für Sonntag, 27. Februar, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Wolkig mit Sonnenschein, etwas wärmer, vielleicht Nebel.

* [Stadtverordneten-Versammlung.] Gestern Nachmittag wurde die am Dienstag Abend verlängerte Sitzung fortgesetzt und der Rest an Vorlagen, welche sich damals auf der Tagesordnung befanden, erledigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung entspann sich eine Debatte über die Fassung des offiziellen Protokolls der letzten Sitzung, in der die von uns am Donnerstag fixierte Geschäftsförderungsdebatte noch einmal erörtert wurde. Stadtv. Schmidt bewiesste die Richtigkeit des Protokolls, denn es sei ein dem Stadtv. Simson ertheilter Ordnungsruß nicht angeführt, dagegen seien für ihn (Redner) zwei Ordnungsruße im Protokoll vermerkt, während er einen als ihm unrecht erheilt zurückgewiesen habe; ferner sei das Protokoll von dem stellvertretenden Vorsteher Berenz unterzeichnet, so daß es so ausscheide, als wenn dieser ihm (dem Redner) die Ordnungsruße erheilt habe, was für seine Auffassung nicht ohne Einfluß wäre. Im Interesse des Friedens bitte er den Herrn Vorsteher auch, ihm heute Gelegenheit zu geben zu erklären, wie er dazu gekommen sei, in jener Sitzung die Jährlungswaage des Ordners anzugreifen. Stadtverordneten-Vorsteher Gießens: Ich bitte sehr. Stadtv. Schmidt: Als der Herr Ordner erklärte, daß er 40 Stimmen für die Subventionsvorlage geahnt habe, rief ich dazwischen: „Das ist nicht richtig“, aber nicht mit Beziehung auf ihn, und nicht in dem Sinne, als ob ich die Richtigkeit der Angabe bezweiste hätte, sondern ich meinte, geschäftsförderungsmäßig sei diese Art des Jährlings nicht richtig, denn der Ordner kann diese Auszählung nur vornehmen, wenn sie beantragt wird, und ein solcher Antrag lag nicht vor. Deshalb lehnte ich die Annahme des ersten Ordnungsrußes, der mir aus einer irrtümlichen Annahme heraus erheilt wurde, ab. Vorsteher Gießens: Ich habe die Sache so aufgefaßt, als wenn Herr Schmidt den Herrn Ordner persönlich gemeint und dessen Angabe als nicht richtig bezeichnet hat, was ich rügen mußte. Nach den heutigen Erklärungen des Herrn Schmidt nehme ich den ersten Ordnungsruß zurück, den zweiten hat Herr Schmidt jedoch verblieben, denn er darf nicht erklären, daß er einen Ordnungsruß ablehne. Nach der Geschäftsförderung (der Vorsitzende verlas den Paragraphen) steht ihm die Berufung an die Versammlung zu und bei dieser hätte er protestieren müssen. — Nach einer Bemerkung des Stadtv. Poll, der mitteilte, er habe nur constatirt, daß 40 Anwesende sich von ihren Plänen erhoben hätten, nicht aber wieviel sich gebrieben seien, und des Vorstehenden, der constatirte, daß er den Stadtv. Simson in der letzten Sitzung durch den Hinweis auf die Unzulässigkeit einer Auflösung zur Ordnung gerufen habe, führte Stadtv. Damme aus, daß er glaube, der Herr Vorsteher habe Recht gehabt, wenn er nach beider Abstimmung eine zweite namentliche Abstimmung nicht mehr zuließ. Im übrigen müsse er Herrn Schmidt zugeben, daß ihn der Wortlaut der Geschäftsförderung zu einem Irrthum veranlaßt haben könnte, denn diese sei in dem betreffenden Passus nicht ganz klar und es empfehle sich eine präzisere Fassung, wenngleich bisher der Ufus allgemein üblich war und als selbstverständlich angelehnt wurde, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung vor der Abstimmung überhaupt zu stellen sei. Stadtv. Breidspacher bemerkte, die Art und Weise des Herrn Schmidt, die ganze Sache gleich in die Presse zu bringen, erscheine ihm nicht als der richtige Weg. Er hätte warten müssen bis nach der jehigen Debatte, nachher hätte er sich immer noch an die Presse wenden können. Stadtv. Schmidt: Die Zeitschrift beschäftigte sich nur mit dem Berichte der „Danziger Zeitung“. Nachdem dieser Bericht die Scene vor der Öffentlichkeit gezeichnet hatte, glaubte ich meinen Standpunkt auch vor der Öffentlichkeit wahren zu müssen, sonst hätte ich es auch nicht gethan. — Damit war die Angelegenheit erledigt.

Zunächst genehmigte die Versammlung den Abbruch des bisher für 120 Mk. jährlich an den Fährpächter Manzen vermittelten kleinen Häuschen auf der Montlauerwiese, da dasselbe baufällig geworden und seine Befestigung im Verkehrsinteresse wünschenswert erscheint; dann wurden zwei unbetriebar gebliebene Rauhstöcke von 292 Mk. niedergeschlagen, die Löschung einiger kleiner Grundinseln, welche durch Kapitaleinzahlungen abgelöst sind, genehmigt und der Stadtkasse der Amtshauptmann 1898/99, welcher nur die von der Commune als Patron geistlich zu gewährenden Leistungen im Gesamtbetrage von 12 815 Mk. enthält, nach kurzer informatorischer Debatte über den Ansatz für die zweite Predigerstelle bei St. Petri — an welcher sich die Stadtv. Schmidt und Gibone, Oberbürgermeister Delbrück und Stadtrath Mechbach beteiligten — festgestellt.

Den Hauptgegenstand der gestrigen Tagesordnung bildete die neue Armen-Ordnung für die Stadt Danzig, welche vom 1. April ab in Kraft treten soll. Der vom Magistrat vorgelegte, von Herrn Stadtrath Dr. Bail ausgearbeitete umfangreiche Entwurf ist von einer aus Stadtverordneten und Armencommissionsvorstehern bestehenden Commission, deren Verhandlungen sämtliche Mitglieder der städtischen Behörden bewohnen konnten, in fünf langen Sitzungen eingehend vorberaten und es hat die Commission eine Reihe von Abänderungs-Vorschlägen gemacht. Als Referent der Commission fungirte Stadtv. Keruth, der kurz, lichtvooll und so präzis das Ergebnis der Commissionsverhandlungen zusammenfäßte, daß die Versammlung ihm am Schlusse seiner Ausführungen laut den Beifall zollte. Wir entnehmen seinem Vortrage Folgendes:

Die Vorschläge der Commission bedeuten meistens keine erheblichen Änderungen des Magistratsentwurfs, denn sie sind mehr äußerlicher, zum Theil nur redaktioneller Natur. Ein Punkt bedeutet allerdings ein Abweichen von der Vorlage, d. i. die Wahl der Armen-Commissionen vorsteher, die nach der Vorlage

*) Es handelte sich darum, daß Stadtv. Simson in einer polemischen Bemerkung gegen seinen Vorredner Dr. Herrmann bezüglich einer vom Stadtv. Dr. Herrmann angeblich mißverständlich citierten Ausführung des Herrn Simson die Bezeichnung „Unsinn“ gebraucht hatte, was der Vorsitzende als parlamentarisch unzulässig erklärte. Unser Bericht am Donnerstag hatte diesen Zwischenfall übergehen müssen, da er den entfernt stehenden Berichterstattern bei der herrschenden Unruhe nicht klar verständlich gewesen. Auch Herrn Schmidt war es, obwohl sein Platz sich beiden Rednern erheblich näher befindet, ancheinend ebenso ergangen, denn derselbe berief sich in diesem Punkte gestern auf die Auskunft des Herrn Oberbürgermeisters und des Herrn Stadtv. Damme.

D. Red.

durch die Armen-Commissionen selbst erfolgen sollte. Die Commission ist jedoch der Meinung gewesen, daß das Princip, wonach die Wahl der Gemeindeverwaltungs-Organen Sache der Stadtverordneten-Versammlung ist, nicht in einem Falle durchbrochen werden soll. Meistens wird ja diese Wahl auf Vorschlag der Armen-Commissionen erfolgen und deshalb in der Stadtverordneten-Versammlung mehr ein formaler Act bleibet. Das Recht einer anderen Wahl aber mußte der Stadtverordneten-Versammlung gewahrt werden. In der Commission ist auch Widerspruch gegen die Fassung der Armenordnung als Ganze laut geworden, weil sie zu detailliert sei, doch ist diese Ordnung ja nicht für Juristen bestimmt, sondern sie soll ein Leitfaden für die Organe der Armenpflege werden und kann daher auch nicht so kurz sein. Ferner seien einzelne Mitglieder der Commission nicht mit dem neuen System einverstanden gewesen, das jetzt in unserer Armen-Verwaltung Platz greifen wird. Der Magistrat hat jedoch ausgeführt, daß, nachdem hier lange eine Armenordnung nicht bestanden hat, es bei dem Wochsthum der Stadt an der Zeit ist, die Bestimmungen zu codifizieren und er hat sich dem sog. Elberfelder System zugewandt, das sich aufbau auf der breiten Grundlage der Armenpfleger und gipfelt in dem Armenrate. Man hat ferner gemeint, daß die Kosten der Armenpflege unter dem neuen System wachsen werden. Bei einer intensiveren Thätigkeit der Pfleger wird vielleicht mancher Fall, z. B. auch von verjährtem Armut zur Cognition kommen, dafür werden aber auch vielleicht manche Fälle, in denen jetzt ohne Not Unterstützung erheilt wird, ausscheiden. Wie sind also der Meinung, daß es nicht wesentlich theurer werden wird, was aber nothwendig ist, um die pflichten der Commune dem Gesetz entsprechend zu erfüllen, muß getragen werden. Das Formularwesen wird auch nicht bedeutend werden, denn gegen die jetzt bestehenden sind nur zwei Formulare neu eingeführt worden. Große Beachtung hat auch die Thätigkeit der Frauen in der Armenverwaltung gefunden, die gesetzliche Zulässigkeit wurde bejaht, denn das Unterstützungswohnrecht läuft neben stimmberechtigten Bürgern auch „andere Ortseinwohner“ als Mitwirkende zu. Allerdings hat es eine humoristische Debatte darüber gegeben, ob Frauen Ortseinwohner sind, da man sie doch eigentlich Einwohnerinnen nennen muß, aber auch darüber sind wir hinweggekommen, denn wir haben geglaubt, daß es praktisch empfehlenswert ist, Frauen in der Armenpflege zu verwenden. Man hat ferner Zweifel daran geäußert, ob die Frauen nicht auch zu thieuer wirtschaften werden, aber es ist eingewendet worden, daß die Frau in bestimmten Verhältnissen einen besseren Blick hat und in vielen Fällen häuslicher Noth mit weniger Geld mehr Gegen stiftet kann, als der Mann. Über die Ausführungsbestimmungen konnte ein Beschluss nicht gefasst werden, da sie in die Executive des Magistrats fallen und die Commission hat daher einstimmig beschlossen, die Annahme der Armenordnung in der jehigen Fassung zu empfehlen.

Stadtv. Bauer bewiesste, ob diese Einstimmigkeit zu verzeihen gewesen wäre, wenn er in der letzten Sitzung der Commission nicht in Folge Erkrankung fehlen müsse. Über das neue System kann es zur Abstimmung nicht kommen, da die Einführung des gleichen Verwaltungssache des Magistrats ist. Der Redner spricht sich nur eingehender gegen den Schlusseparagraphen der neuen Armenordnung aus, in dem es heißt: „Die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu dieser Armenordnung werden vom Magistrat erlassen.“ Dieser Satz sei überflüssig, denn dann können nicht wie die Armenordnung später einmal ändern, sondern nur der Magistrat und wir brauchen nicht ohne Not Rechte, die wir benötigen, preisgeben. Es ist doch auch vom Magistrat anerkannt, daß unsere jetzige Instruction für das Armen-Directoriun ganz gut ist, und es ist doch ein eigen Ding, wenn wir etwas Gutes haben, das über den Haufen zu werfen, um etwas Neues einzuführen. Die neue Armenordnung ist wohl vom Verwaltungstandpunkt ganz gut, sie regelt die Armenpflege bureau- und ressortmäßig, ob sie aber der Stadt zum Vortheil gebräucht, beweise er, da er fürchten müsse, daß sie viel Geld kosten werde.

Stadtv. Berenz führt aus, daß der von Herrn Bauer angeführte Schlusseparagraph auch von der Commission schon fallen lassen sei, daß aber der Magistrat dessen Beibehaltung verlangt habe.

Oberbürgermeister Delbrück: Man kann streiten, ob man den Sitz in der Vorlage läßt oder nicht, denn man wird dem Magistrat nicht nehmen können, was ihm nach den Bestimmungen unserer Gesetze so wie so zusteht. Aber ich streichen, könnte doch als eine Schmälerung geistlicher Rechte des Magistrats aufgefaßt werden. In der Regel bestimmen doch die Stadtverordneten selbstverständlich über die Gegenstände, in denen Leistungen oder Verpflichtungen der Bürger erforderlich sind, über die Verwaltung und Verwendung bestimmt der Magistrat, und um keinen Zweck darüber zu belassen, sei die Bestimmung betreffend die Ausführungsverordnung wesentlich auf seine Initiative in die Vorlage gekommen. Die Stadtverordneten-Versammlung hat immer die Möglichkeit, bei der Rechnungslegung, der Staatsberatung zu kontrollieren und zu monitiren resp. nicht zu bewilligen, wenn sie die Überzeugung hat, daß einzelne Ausgaben nicht nothwendig seien oder die geistige Verwendung schlecht. Herr Bauer überbrachte die Bedeutung dieses Paragraphen, denn die Stadtverordneten-Versammlung ganz gut, sie regelt die Armenpflege bureau- und ressortmäßig, ob sie aber der Stadt zum Vortheil gebräucht, beweise er, da er fürchten müsse, daß sie viel Geld kosten werde.

Stadtv. Bauer bemerkte, daß der Passus erst recht überflüssig sei, wenn das Gesetz ihn doch schon regelt.

Stadtrath Dr. Bail führt in kurzem, beifällig ausgenommenem Vortrage gleichfalls aus, daß die Armenpflege Verwaltungssache ist, und daß mehrere große Städte daraus bereits die Consequenzen gezogen haben, indem sie bei Erlass von Armenordnungen die Stadtverordneten garnicht fragten, sondern der Magistrat oder auch nur das Armendirectoriun die erforderlichen Vorschläge erließ. Es ist auch z. B. die frühere Instruction für das Armendirectoriun vom Jahre 1851 nur vom Magistrat erlassen. Wir wollen an dem Bestehenden Änderungen vornehmen und in solchen Momenten haben wir es für loyal gehalten, den Stadtverordneten-Versammlung zu gewähren, daß sie auf ihrer Sitzung bestimmen kann, ob sie die Bestimmung betreffend die Ausführungsverordnung wesentlich auf seine Initiative in die Vorlage gekommen. Die Stadtverordneten-Versammlung hat immer die Möglichkeit, bei der Rechnungslegung, der Staatsberatung zu kontrollieren und zu monitiren resp. nicht zu bewilligen, wenn sie die Überzeugung hat, daß einzelne Ausgaben nicht nothwendig seien oder die geistige Verwendung schlecht. Herr Bauer überbrachte die Bedeutung dieses Paragraphen, denn die Stadtverordneten-Versammlung ist stets in der Lage, genau zu überwachen, was wir machen.

Stadtv. Bauer bemerkte, daß der Passus erst recht überflüssig sei, wenn das Gesetz ihn doch schon regelt.

Der Verein spricht sich dafür aus, daß Westpreußen als Remonteprovinz weiter bestehen solle oder ob sich die Mehrheit der Vereine für die Kaltblutzucht entscheiden will. In der letzten Sitzung des Landwirtschaftlichen Vereins Straschin war diese Angelegenheit bereits erörtert und damals beschlossen worden, in einer zu gestern Nachmittag anberaumten Versammlung in Danzig die Frage zum Austrag zu bringen. In dieser sehr zahlreich besuchten Versammlung teilte Herr Dr. Landrat Dr. Maurach mit, daß die obere Verwaltungsbehörde wünsche, daß diese Frage, welche sehr die Gemüther beschäftige, in den einzelnen landwirtschaftlichen Vereinen erörtert werde. Wenn die Mehrzahl der Vereine sich für die Kaltblutzucht aussprechen, so werde die Folge die sein, daß die guten Hengste von hier weggenommen und nach Schleswig-Holstein übergeführt werden.

Es lagen schließlich drei Anträge zur Abstimmung vor. Erstens derjenige des Herrn Dr. Maurach:

„Die Versammlung wolle beschließen, daß der Verein sich dafür ausspricht, Westpreußen als Remonteprovinz weiter bestehen solle oder ob sich die Mehrheit der Vereine für die Kaltblutzucht entscheiden will. In der letzten Sitzung des Landwirtschaftlichen Vereins Straschin war diese Angelegenheit bereits erörtert und damals beschlossen worden, in einer zu gestern Nachmittag anberaumten Versammlung in Danzig die Frage zum Austrag zu bringen. In dieser sehr zahlreich besuchten Versammlung teilte Herr Dr. Landrat Dr. Maurach mit, daß die obere Verwaltungsbehörde wünsche, daß diese Frage, welche sehr die Gemüther beschäftige, in den einzelnen landwirtschaftlichen Vereinen erörtert werde. Wenn die Mehrzahl der Vereine sich für die Kaltblutzucht aussprechen, so werde die Folge die sein, daß die guten Hengste von hier weggenommen und nach Schleswig-Holstein übergeführt werden.“

Es lagen schließlich drei Anträge zur Abstimmung vor. Erstens derjenige des Herrn Dr. Maurach:

„Die Versammlung wolle beschließen, daß der Verein sich dafür ausspricht, Westpreußen als Remonteprovinz zu erhalten und damit das auf dem Gebiete der edlen Pferdezucht hierfür geleistete nicht zerstört zu lassen, sondern weiter zu bewahren und zu fördern.“ Ein zweiter Antrag, welcher der Kaltblutzucht ihr Recht wahren will, war von Herrn Heyer-Straschin wie folgt eingebracht worden: „Der Verein erklärt, für unseren landwirtschaftlichen Vereinsbezirk, namentlich beim Kleingrundbesitz besteht ein entschiedenes Bedürfnis, neben der Züchtung warmblütiger Pferde für Remontezwecke auch durch Benutzung geeigneter kaltblütiger Hengste ein starkes Arbeits- und Lastpferd zu züchten. Wir beantragen, daß seitens der königl. Staatsregierung neben Hengsten für Remontezucht-Zwecke auch Kaltbluthengste für landwirtschaftliche Gebrauchs-zwecke stationiert werden.“ Im Laufe der dreistündigen Debatte wurde folgender Vermittlungsantrag gestellt: „Der Verein spricht sich dafür aus, daß Westpreußen als Remonteprovinz zu erhalten und ihr alle Vortheile derselben zu belassen sind. Der Verein muß aber anerkennen, daß lokal auch das Bedürfnis nach Kaltblutzucht besteht und erwarten, daß dieses lokale Bedürfnis durch die Staatsregierung befriedigt werde.“ Die beiden ersten Anträge wurden mit erheblicher Majorität abgelehnt, dieser letztere Vermittlungsantrag dagegen einstimmig angenommen.

Nachdem dann die oben mitgeteilten Anträge des Herrn Landrats Dr. Maurach und des Herrn Heyer-Straschin verlesen waren, begann die Debatte: „Der erste Antrag stellt hervor, daß die Initiative zu seinem Antrage von der obersten Verwaltungsbehörde ausgegangen sei, welche wünsche, daß die landwirtschaftlichen Vereine zu der Frage, welche jetzt alle Gemüther beschäftige, Stellung nehmen. Die Zahl der Züchter von kaltblütigen verhalte sich 100

der der Züchter von warmblütigen Pferden etwa wie 1:7. In unserer Provinz habe die Pferdezucht in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen und auch die Regierung habe für dieselbe viel gethan; denn während 1870 nur 100 Deckhengste vorhanden waren, sind jetzt 225 vorhanden und in den Stat sind Mittel eingestellt, um die Hengste zu vergrößern und die Deckhengste noch mehr zu vermehren. Die Regierung will ferner den Genossenschaften, deren Hengste abgeholt sind, jährliche Dorslehrne bis zur Höhe von 3000 Mark gewähren und hat auch nichts dagegen, daß dieselben sich österrische, hannoversche oder auch dänische Hengste beschaffen, aber nicht rein hält. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sie in den Remonteprovinzen eine große Anzahl von Deckhengsten hält, aber das hat nur dann Zweck, wenn die Gefahr der Mischnutzung fortfällt. Wenn in einer Provinz Mischnutzung besteht, so kann sie nicht länger Remonteprovinz sein. Auf Westpreußen angewendet, würden die Consequenzen die sein, daß die guten Hengste weggenommen und nach Schleswig-Holstein gebracht werden. Die Regierung ist der Ansicht, daß es nicht angängig sei, in einer Provinz, die sich von der warmblütigen Zucht abwende, eine große Anzahl erstklassiger Hengste zu belassen. Er habe gleich den anderen Landräthen den Auftrag erhalten, den landwirtschaftlichen Vereinen die Schlage vorzustellen und ihnen die Entscheidung darüber zu lassen. Der Redner ging dann auf die Leistungen unserer Soldatenpferde näher ein und wies darauf hin, daß gegen diesen langjährigen Erfolg die Kaltblutzucht bei uns doch noch nichts auszuweisen habe. Sie werde von Leuten empfohlen, welche zwar wohlgesinnt seien, aber weder Erfahrung besaßen oder Erfolge erzielt hätten. Manche hätten dieses auch, um einen persönlichen Vortheil zu erzielen. Ihnen gegenüber stünde die Regierung mit ihrer langjährigen Erfahrung, welche nur das allgemeine Interesse des Staates und der Armee verfolge. Wie von unserer Seite nachgewiesen werden würde, habe sich aber auch in landwirtschaftlichen Betrieben das warmblütige Pferd gut bewährt.

Herr Hener-Straßin gab zwar zu, daß einzelne Theile unserer Provinz sehr geeignet für Zucht von Remonten seien, für andere Theile aber, und dazu gehörte auch der Bezirk des landwirtschaftlichen Vereins Straßin, treffe das nicht zu. Er müsse dagegen protestieren, daß dieser Theil mit den anderen in einem Althem genannt werde. Wir haben ein großes Interesse an der Zucht eines hältblütigen Pferdes, denn in unserem Bezirk herrscht ein sehr intensiver landwirtschaftlicher Betrieb und es ist auch Industrie vorhanden, so daß auf uns die Verhältnisse des Westens passen. Graf Lehnstorff hat angegeben, daß jährlich für 33-35 Millionen Mark kaltblütige Pferde importiert würden und da sei es doch wünschenswert, daß auch die deutsche Landwirtschaft etwas davon profitiere. Dann aber seien unsere Bodenverhältnisse nicht für die Pferdezucht geeignet, denn dieselbe erfordere Koppeln, und diese können wir nicht herstellen, ohne unseren intensiven Betrieb zu entwerthen.

Schließlich ist aber noch der Umstand für uns von Bedeutung, daß warmblütige Pferde erst mit 4 Jahren, kaltblütige dagegen schon mit 2½ Jahren in Gebrauch genommen werden können. Abholzfüllen werden mit 300 Mk. bezahlt und jeder Besitzer und jeder Händler kauft gern derartige Pferde. Jetzt ist es für die Grundeigentümer sehr schwierig, gute Ackerpferde zu erhalten, und es werden für dieselben oft 800-1000 Mk. bezahlt. Er würde es als einen großen Fehler betrachten, wenn die Groß- und Kleingrundbesitzer in den Besten brauchbaren Ackerhessern gelangten, und das könnte nur durch die Kaltblutzucht geschehen.

Herr Hauptmann Montau-Gr. Saalau trat warm für die Kaltblutzucht ein; ebenso wenig wie es nur eine Hundertasse geben könnte auch nur eine Pferderasse allen Anforderungen entsprechen. Daß bei uns zur Zeit noch so wenige Züchter von kaltblütigen Pferden existieren, hat seinen Grund darin, daß die Kaltblutzucht noch neu ist, nach einigen Jahren wird das anders sein, vielleicht ist es dann gerade umgekehrt wie heute. Von den 200 Deckhengsten unserer Provinz sind etwa 300 Remonten gefallen, es kommt also auf einen Hengst 1½ Remonte, und das ist eine Verschwendungs. Der Redner geht auf die technische Seite der Frage ein und plädierte für die Einführung des Schuhengstes, der sich sehr gut bewährt habe. Herr Montau brachte ein umfangreiches Material für die Rentabilität der Kaltblutzucht vor, auf welches wir hier nicht näher eingehen wollen, da ein Theil seiner Angaben in dem landwirtschaftlichen Artikel unserer heutigen Beilage veröffentlicht worden ist.

Herr Dekonominath Plümke: Der Pferdezuchtsinstructor unserer Provinz hob die Brauchbarkeit des Warmblutes für die Landwirtschaft hervor und wies darauf hin, daß das Kaltblut für unsere Verhältnisse sich nicht eigne. Wenn der Antrag Hener angenommen werde, so würde jegliche Unterstüzung des Staates aufhören, denn es sei eine Vergeudung, so viele gute Hengste für die Mischnutzung zu verwenden. Die westpreußischen Landwirthe würden damit einen Fehler begangen den sie nie wieder verwinden könnten.

Herr Meyer-Rottmannsdorf fragte Herrn Landrat Maurach, ob die Regierung beachtliche, das Kaltblutzucht zu verbieten, worauf dieser entgegnete, daß davon keine Rede sein könne. Herr Meyer brachte dann die westpreußische Ämterordnung und das Verfahren gegen die Genossenschaften zur Sprache und war der Meinung, daß nur die Kurzsichtigkeit der Regierung und ihr voreuropäisches Bedenken, den Pferdezüchtern kaltblütige Hengste zu stellen, die Gründung der Genossenschaften hervorgerufen habe.

Herr Generalsekretär Steinmeyer vertheidigte die Ämterordnung und ist der Ansicht, daß die Sache sehr ausgebauscht worden sei. Von achtzehn Genossenschaften seien nur vier abgekört worden und davon waren zwei Warmblüter. Die Besitzer der abgekörteten Hengste hätten natürlich Lärm gemacht, und wenn das so fortgehe, so werde es schließlich noch dahin kommen, daß man die kaltblütigen Hengste liberal und die warmblütigen conservativ nennen werde. Uebrigens könnte er aus der Konferenz der Pferdezuchtion, welche vor einigen Tagen hier abgehalten sei, mittheilen, daß der Gesellschafter Herr v. Schorlemmer sich bereit erklärt habe, vier kaltblütige Hengste in das Gefüll in Marienwerder einzustellen. Dieselben sollen nach Bedürfnis verwendet werden, doch sollte es vermieden werden, eine territoriale Scheidung vorzunehmen. Er müsse über die Herren darauf aufmerksam machen, daß die Regierung erst durch die Petition der westpreußischen Pferdezüchter dazu veranlaßt worden sei, unsere Provinz für eine Remonteprovinz zu erklären. Wenn wir jetzt uns dagegen erklären, verfehlt wir uns selbst einen Schlag in das Gesicht. Er bitte deshalb im Interesse der ganzen Provinz, um die Annahme des Antrages Maurach, auf dessen Boden die Mehrzahl der Vereine in der Provinz stehen.

Es wurde nunmehr der oben mitgetheilte Vermittlungsantrag eingebracht, worauf Herr Landrat Maurach erklärte, er müsse auf der Abstimmung über seinen Antrag bestehen, da die Staatsregierung eine ungemeine Erklärung wünsche. Im weiteren Verlauf der Debatte führte Herr Rittmannsdorf u. Bois-Lukoschinski Beifahrer darüber, daß auf Westpreußen zu wenig Remonten entstehen. Es sei vorgekommen, daß von 20 Pferden 1. Klasse nur 5 ausgewählt worden seien, weil nicht mehr angekauft werden durften. - Herr Generalsekretär Steinmeyer entgegnete darauf, daß im Landesökonomie Collegium beantragt worden sei, Remontemärkte nur in den Remonteprovinzen abzuhalten. Der Antrag ist zwar nicht angenommen worden, doch hat die Regierung zugesagt, daß sie thun wolle, was in ihren Kräften steht.

Nach einer längeren Ausführung des Herrn Moser-Buschkau stand dann die Abstimmung statt, in welcher der Vermittlungsantrag einstimmig angenommen wurde.

[Vermittlung zur Erteilung von Fortbildungsschul-Unterricht.] Bei der steigenden

Bedeutung des Fortbildungs-Schulunterrichtes ist es dem Cultusminister geboten erschienen, die Ausführbarkeit desselben von Unfällen möglichst unabhängig zu machen und insbesondere die Gewinnung geeigneter Lehrkräfte für diesen Unterricht sicher zu stellen. Er hat daher in einem an sämtliche Regierungen gerichteten Erlass angeordnet, daß künftig in die Berufungsurkunden der Volksschullehrer oder in denjenigen Fällen, in welchen der Berufungsbericht dieses ablehnt, in den Bestätigungsvermerk der zuständigen Aufsichtsbehörde eine Bestimmung aufzunehmen ist, nach welcher den Lehrern die Verpflichtung auferlegt wird, auf Verlangen gegen eine „angemessene“, im Streitfalle von den königlichen Regierung festzuhaltende Entschädigung bis wöchentlich vier Unterrichtsstunden an den im Schulbezirk vorhandenen oder noch zu errichtenden Fortbildungsschulen zu übernehmen.

Dass Lehrer sich überhaupt geneigt haben, diesen Unterricht zu übernehmen, ist uns wenigstens nicht bekannt geworden. Schwierigkeiten hat es meistens nur gemacht, sie für die sehr knappen Honorarhälfte, welche die Regierung für den Fortbildungsschulunterricht bewilligt, zu gewinnen. Bei uns in Westpreußen ist die Sache z. B. so gegangen, daß die Staatsregierung die Einrichtung von Fortbildungsschulen und die Ausdehnung des Schulwanges vielfach mit Hochdruck betrieben hat und nun plötzlich die Erfahrung macht, daß sie dabei weit über die ihr für diese Schulen zur Verfügung stehenden Geldmittel hinausgegangen ist. Da wird nun plötzlich Schmalhans Rückenmeister und es soll möglichst an den Lehrer-honorarsäcken gespart werden. Mander Lehrer kann für den Zeitaufwand, welchen er der Fortbildungsschule widmet, das Doppelte durch Privatunterricht verdienen - ist ihm das Strauben zu verdenken?

* [Von der Weichsel.] Bei Marienwerder findet, wie uns telegraphirt wird, von heute ab der Weichselübergang mit Schnellfähre bei Tag und Nacht statt.

* [Danziger Privat-Aktien-Bank.] In der heute stattgehabten Sitzung des Verwaltungsraths wurde beschlossen, der zum 26. März cr. einzuberuhenden ordentlichen General-Versammlung eine Dividende von 6½ Proc. für 1897 (im Vorjahr 7¼ Proc.) in Vorschlag zu bringen.

* [Deutsche Colonialgesellschaft, Abtheilung Danzig.] Gestern Abend hielt die Abtheilung einen herrenabend ab, der u. o. von dem Herrn Stadtcommandanten Generalmajor v. Heydebreck, dem Herrn Polizeipräsidenten Wessel und zahlreichen Mitgliedern und Gästen besucht war. Nachdem der Vorsitzende, Herr v. Bockelmann, die Anwesenden begrüßt hatte, teilte er mit, daß am 11. März Herr v. Arnim aus eigener Anschauung einen Vortrag über die jüngst erforchte Hochebene von Uhehe, welche nach dem Urtheil mehrerer Forscher sich zu einer Ansiedlung durch europäische Colonisten eignen soll, halten wird. Dann hielt Herr Lieutenant Sieuer einen Vortrag über das Thema: „Der Werth der Colonien mit besonderer Berücksichtigung unserer eigenen und vor allem Riootschau.“ Herr Sieuer unterhielt zwischen Ackerbau- und Plantagen-Colonien und erörterte ihren Werth für jedes Volk nach wirthschaftlichen und culturrellen Gesichtspunkten. Er ging dann auf die Entwicklung unserer Colonien näher ein und führte aus, daß diejenigen in einem erfreulichen Fortschritt begriffen seien, die zum Theil auch dauer röhre, daß das Kapital anfangs in unseren Colonien Anlage zu suchen. Dann ging der Vortragende auf unsere neueste Erwerbung näher ein und entwarf eine eingehende Schilderung der Umgebung und der Bedeutung Riootschau. Nach Beendigung des mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrages besichtigten die Herren eine reichhaltige Sammlung von afrikanischen Waffen, Gerät und Jagdtrophäen, welche Herr Provincial-Steuerscretär Weyen, der 2½ Jahre in amlicher Stellung in Ostafrika geweilt hat, mitgebracht hatte. Es wurden dann an Herrn Weyen eine Anzahl von Anträgen gerichtet, welche der selbe eingehend beantwortete.

* [Wohnungsmiether-Verein.] Unter dem Vorsitz des Herrn Alois Wensky stand gestern im „Kaiserhof“ eine von ca. 60 Personen besuchte Versammlung statt, in der zunächst der Beitritt zur Resolution des Frankfurter Miethervereins vom 21. Januar betreffend die Aufhebung des kommunalen Dreiklassen-Wahlsystems beschlossen und die nachstehende Resolution angenommen werden:

„Der Danziger Mietherverein hält eine gründliche Reise des Gemeindenahmestreits in Preußen unter Befreiung des Klassewahlsystems und der Vorrechte der Hausbesitzer für dringend geboten. Er hält daher den jetzt dem Abgeordnetenhaus vorliegenden Antrag Fuchs für durchaus unzureichend, bitte aber trotzdem das hohe Abgeordnetenhaus, diesen Antrag einstweilen als eine Abfallszahlung auf berechtigte Forderung anzunehmen.“

Der Schatzmeister Herr Beckmann teilte alsbann mit, daß dem Verein bereits 275 Mitglieder angehören und etwa 50 bis 60 Neuanmeldungen eingegangen seien. In der gestrigen Sitzung traten dem Verein wiederum mehrere Mitglieder bei. Der Vorsitzende machte dann die Mittheilung, daß der Verein am 11. März im Kaiserhof einen herrenabend veranstalten werde. Man wolle allmählich einen Betrag von 500 Mark anstreben, um hauptsächlich der ärmeren Bevölkerung bei dem augenblicklichen Mangel an kleinen Wohnungen zu helfen. Herr Marine-Overmeister Edzards sprach dann über Wohnungsvorverhältnisse. In Wilhelmshaven, wo Redner längere Zeit gewohnt hat, zahlt man jetzt für zwei bis drei Stuben mit Rüke 200-250 Mk. pro Jahr. Das könnte hier auch erreicht werden, da die hiesigen Lohnverhältnisse, der Preis für Baumaterialien etc. mit den Verhältnissen in Wilhelmshaven sehr gut concurrenzen. Er hält aber den Bau von 3-stöckigen Häusern für ratsam. Herr Berger, der als Controleur einer Krankenkasse Einsicht in die traurigen Verhältnisse im kleinen Arbeiterstande genommen hat, schilderte diese Zustände und wünscht hauptsächlich, daß gesunde und billige Wohnungen geschafft werden. Herr Buchholz spricht sich für den Bau von sogenannten Miethäusern und für billige Dieten aus und ist entschieden gegen den Bau kleiner Häuser. Die Debatte hierüber nahm mehrere Stunden in Anspruch. Der Vorsitzende versprach, den Wünschen der Einzelnen möglichst nadzukommen. Für die Wahl von 22 Vertreternsmännern für 11 Polizeibezirke wurden dann aus der Verammlung Vorschläge gemacht.

* [Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft.] Eine Versammlung der Section 2 der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft fand gestern statt, in der außer Bormann verschiedener Wahlen, als Ort der nächsten Sectionsversammlung Elbing bestimmt wurde.

* [Abiturientenprüfung.] Die Prüfung im königl. Gymnasium bestanden heute die Oberprima: Abrahamson, Groth, Haepke, Heit, Kauffmann, Otto, Povonski, Poll, Richter, Stach, v. Tiedemann, Wosner, Wagnani und Dag Post.

* [Veränderungen im Grundbesteht.] Es sind verändert worden die Grundstücke: An der neuen Mollau Nr. 3 und 4 und Schlesengasse Nr. 6 von der Witwe Cichau in Joppot an den Kaufmann Adolf Unruh für zusammen 72000 Mk.; Gr. Bäckerstraße Nr. 4 und 4a von den Hausbesitzer Meiser'schen Cheleuten an den

Kaufmann Henmann für 51500 Mk.; Hasenstraße Nr. 24 (Neufahrwasser) von der offenen Handelsgesellschaft Ferdinand Prove in Danzig an den Kaufmann Adolf Unruh für 70000 Mk.; Brunsbäkerweg Nr. 22/33 von der Frau Handelsgärtner Lent, geb. Volkmann, an den Gutbesitzer Gustav Pilz in Müggau und den Rentier Hermann Gah für 72000 Mk.; Langfuhr Nr. 86 und Heiligenbrunnerweg Nr. 5/6 von den Bauunternehmer Gronau'schen Cheleuten an die Kaufmann Kröling'schen Cheleute für 14000 Mk.; Katergasse Nr. 18 von den Eigentümern Adaman'schen Cheleuten an den Druckereibesitzer Julius Sauer für 8800 Mk.; Kohlenmarkt Nr. 34 von der Witwe Rojenberg, geb. Wohl, an den Kaufmann Emil Rothmann für 100000 Mk.

* [Strafhammer.] Der Schlossergeselle Hugo Reinhold Harder aus Berent ist heute vor der Majestätsbeleidigung angeklagt. Er ist von mehreren Gerichten Mitteldeutschlands bereits wegen der verschiedensten Straftaten vorbestraft und arbeitete im Vorjahr in Berent, wo er sich die in Rede stehende Strafhat zu Schulden kommen ließ. Als er merkte, daß es ihm deshalb an den Argen gehen werde, verschwand er und wurde erst nach langerem Suchen, nachdem hinter ihm ein Steckbrief erlassen worden war, hier in Danzig entdeckt und in Haft genommen. Heute erhielt er mit Rücksicht auf seine Vorstrafen eine halbjährige Gefängnisstrafe.

* [Feuer.] Der Feuerwehrmann aus dem Haus Breitgasse Nr. 33 hatte unerwarteterweise einen Brand in seinem Hause entdeckt. Er rief sofort die Feuerwehr, welche etwa 1½ Stunden zu ihm kam, um den Brand zu löschen. Durch eine schwere Stelle im Schornstein war die Balkenlage und Einbauten beschädigt, weshalb mehrere halb angebrannte Balken entfernt werden mußten, um jede Gefahr zu beseitigen. Durch das rechtzeitige Eintreten der Feuerwehr ist jedenfalls eine größere Feuergefahr vermieden worden.

* [Feuer.] Der Feuerwehrmann aus dem Haus Breitgasse Nr. 33 hatte unerwarteterweise einen Brand in seinem Hause entdeckt. Er rief sofort die Feuerwehr, welche etwa 1½ Stunden zu ihm kam, um den Brand zu löschen. Durch eine schwere Stelle im Schornstein war die Balkenlage und Einbauten beschädigt, weshalb mehrere halb angebrannte Balken entfernt werden mußten, um jede Gefahr zu beseitigen. Durch das rechtzeitige Eintreten der Feuerwehr ist jedenfalls eine größere Feuergefahr vermieden worden.

[Policeivericht für den 26. Februar.] Verhaftet:

6 Personen, darunter 1 Person wegen Trunkenheit, 2 Bettler, 7 Oddashole. - Gefunden: 1 schworer Umhängekragen, 1 Schlüssel, 1 silberne Damenhörnchen, 1 Quitzonglocke auf dem Namen Carl Wroth, abzuholen aus dem Fundbüro der königl. Polizei-Direction; 1 Haarpfeil, abzuholen aus dem 7. Polizei-Revier-Bureau, Langfuhr; 1 Rolle Leder, abzuholen aus dem 3. Polizei-Revier-Bureau, Goldschmiedegasse 7.

Aus den Provinzen.

* [Neufahrwasser, 26. Februar.] Auf eine Gelegenheit für einen jungen Mädchen aus Bürgerkreisen, die sich einen eigenen, selbständigen Wirkungskreis verschaffen wollen, weist der hiesige Vaterländische Frauenverein im Anschluß an diesbezügliche frühere Aufforderungen des wettbewerblichen Verbandes der Vaterländischen Frauenvereine hin. In Anbetracht dessen nämlich, daß ein Mangel an geeigneten Pflegerinnen für den Kriegsfall in unserer Provinz besteht, finden alljährlich im Augusto-Hospital zu Berlin kostenfreie Ausbildungskurse (Dauer 3 Monate) in der praktischen Krankenpflege statt; hierzu können geeignete junge Mädchen von den Zweigvereinen vorgeschlagen werden. Diese haben keinerlei Kosten, da selbst die Reisekosten getragen werden. Dagegen erlangen sie eine vollständige Ausbildung in der praktischen Krankenpflege, welche sie später berufsmäßig im Privatleben nach eigenem Ermessens ausüben können. Für Neufahrwasser werden Meldungen hierzu von der Vorsitzenden des dortigen Zweigvereins, Frau Loothen-Commandeur Schmidt, entgegengenommen.

W. Elbing, 25. Februar. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung gelangte die neue Gewerbesteuero-Ordnung zur Durchberatung, welche in der vorigen Sitzung vertragt wurde. Durch das bedeutende Menz, welches der neue Staat erfordert, ca. 100000 Mk. sind auch neue Kosten von den Steuerzahlern nothwendig geworden. Auf Grund eines ministeriellen Vorschlags gedenkt man nun die Gewerbesteueraufzehrer in der ersten und zweiten Steueranerkerklasse durch eine Neuordnung stärker heranzuziehen. Es soll ein Modus für die Steuererwerbung eingeführt werden, welcher die staatliche Gewerbesteuer, das Anlage- und Betriebskapital, die Arbeitnehmerzahl etc. berücksichtigt. Der materielle Effekt ist der, daß den Löwenanteil an dem Mehr die Firma Schichau hat. Während diese Firma jetzt staatlich mit 12000 Mk. jährlich veranlagt ist, würde nach Annahme dieser Ordnung für sie ein Betrag von ca. 60000 Mk. zu zahlen sein.

Herr Director Siebert betonte, daß die Firma Schichau jährlich 5 Millionen Mark in der Stadt Elbing auszahlt, daß die Steuerbelastung sehr groß sei und schon jetzt 16 Proc. des Reingewinnes ausmache, daß außerdem noch 80000 Mk. jährlich für die staatlichen Versicherungen gezahlt werden, doch noch eine Extra-Invalidenkasse besteht, aus welcher jeder Invaliden den vollen Betrag der staatlichen Pension aus dieser Kasse erhält, daß die Firma die Gewerbetreibenden am Orte stets unterstützt und daß die Firma durch diese neuen Steuern konkurrenzfähig würde. Wenn die Firma hart behandelt werde, dann würde man auch hart werden. Herr Bürgermeister Dr. Contag erkennt die große Bedeutung der Firma Schichau für unsere Stadt an und sucht nachzuhören, daß durch Annahme dieser Ordnung den Interessen der Stadt und der Großindustrie gedient werde. Herr Commerzienrat 3. Klasse erklärte, stets den größten Lokalpatriotismus bewiesen zu haben durch Berücksichtigung der hiesigen Gewerbetreibenden bei den Lieferungen u. s. w. Diese neue Steuer-Ordnung müßt die Freudeigkeit des Arbeitslebens sehr beeinträchtigen. Herr Commerzienrat Peters bemerkte, wenn Herr Finanzminister Miguel eine größere Belastung der großen Gewerbetreibenden wünsche, so sei dem doch gegenüberzustellen, daß der Finanzminister bei seinem Besuch in Elbing (1891) gesagt habe: „Meine Herren, unterstehen Sie die Industrie, daß sie sich weiter entwickelt.“ - In gleicher Abstimmung wurde dann die neue Gewerbesteuero-Ordnung mit 29 gegen 16 Stimmen angenommen.

Memel, 24. Februar. In einer in Prökuls abgehaltenen, von ca. 120 Bürgern besuchten Reichstagssitzung - Deutliche waren in der Versammlung nicht vertreten - wurde der Vorsitzende der litauisch-conservativen Partei für den Wahlkreis Memel-Hennegau der Generaloberst Graf Waldersee in Altona nominiert. - Auf Verfügung des hiesigen Landrats wurden gestern die granuloseverdächtigen Kinder von vier Schmeler-Schulen im Krankenhaus von Herrn Dr. Baake einer genauen Untersuchung unterzogen. Laut derselben verfügt sich Granulose bei allen vier Kindern. - In einer Vorsitzende im Krankenhaus einer Operation unterzogen werden.

(M. D.)

Vermiettes.

Die Elektricität in der Kirche.

In der neuen St. Augustin-Kirche in Brooklyn wurde kürzlich ein prächtiger Marmoraltar von wunderlicher Bildhauerarbeit gezeigt, in dessen Mitte sich ein höchst kostbares Tabernakel aus massivem Gold und Silber befand, ganz mit Diamanten und anderen Edelsteinen besetzt. Die Gemeinde scheint sich großer Besorgniß hingegangen zu haben, daß sich Diebeshande an diesem kostbaren Kleinode vergreifen könnten, und man hat daher eine sinnreiche Vorrichtung ausgeführt, die es unter den Schuh der Elektricität stellt. Hinter den Marmorsäulen des Altars verbirgt sich ein cylindrisch geformter feuerfester Schrank aus

<p

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 15. Februar 1898 ist am 15. Februar 1898 in das diesjährige Handelsregister zur Eintragung der Ausübung der ehemaligen Gütergemeinschaft unter Nr. 36 eingetragen, daß der Kaufmann Stanislaus von Gomarczki aus Strasburg Wpr. für seine Ehe mit Adelma von Glomczenski durch Vertrag vom 5. Februar 1898 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes mit der Bestimmung geschlossen hat, daß dem gegenwärtigen Vermögen der künftigen Ehefrau und allem, was sie später durch Erbschaften, Vermächtnisse, Gelchenke, Glückfälle oder sonst erwirbt, die Eigenschaft des vorbehaltenden Vermögens beigelegt werden soll.

Strasburg Wpr., den 15. Februar 1898.
Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Register zur Eintragung der Ausübung der ehemaligen Gütergemeinschaft ist hierunter unter Nr. 59 vermerkt worden, daß der Kaufmann und Büttelmacher Hermann Loewy in Dr. Enlau für die Dauer seiner Ehe mit Rosa, geb. Breindl, durch Vertrag vom 2. Mai 1897 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes mit der Maßgabe geschlossen hat, daß alles, was die Ehefrau in steigendem Ee durch Erbschaft, Gelchenke, Glückfälle oder sonst erwirbt, die Natur des vorbehaltenden Vermögens beigefügt werden soll.

Dr. Enlau, den 21. Februar 1898.
Königliches Amtsgericht I.

Bekanntmachung.

Der Termin am 1. März 1898 zur Versteigerung des Paul Schmidt'schen Grundstücks Warmhof Blatt 3 ist aufgehoben.

Mewe, den 24. Februar 1898.
Königliches Amtsgericht.

(3320)



Pferde - Auction.

Aus dem Nachlaß des verstorbenen Herrn Albert Jüncke-Danzig werden am

Diestag, den 1. März 1898, Vormittags 10½ Uhr, auf dem Hofe Münchengasse Nr. 24 in Danzig 4 überahlig gewordene Aufzäpfelde, nämlich

2 hochlegante, ungörische Goldfuchswallache, 7", ca. 5- und 6jährig, ferner

2 ostpreußische, braune Stuten, 5", ca. 7- und 8jährig.

Öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Den mir bekannten Käufern gewähre ich einen zweimonatlichen

Credit. Unbekannte zahlen folglich.

F. Klau, Auctionator,

Danzig, Frauengasse 18.

Auction mit herrschaftlichem Mobiliar

Hinweise 16 im Saal des Bildungsvereinshauses.

Dienstag, den 1. März 1898, Vormittags 10 Uhr, werden

ich daßt im Austra e das dort vorgetragene Mobiliar

1 nuß. Büst, 1 elea. Blücherkornit, 2 nuß. Trumeauspiegel

nebst Stufe 2 nuß. Kleiderchränke, 1 elea., 2 dito Vericows,

6 nuß. Säulenstühle, 8 Mußelkäse, 1 Speisetafel, 2 Sophistic, 2 Parade, etliche Stühle m. Marmor, 1 Majestät m. Marmor,

1 leg. altdutsch. Regulat, 2 Blücherstühle 2 Pfisterstiegel,

nebst Conforten 6 Wienerstühle, 1 elea. Divan in Mouquet-

Blücher, 1 Paneldecke mit Gatteldecken, 1 Serviettlich, 1 Blücher-

decke, div. Bilder, versch. Dekorationsstücken, 1 Schloßpfeife,

1 leg. Stuh hr nebst Conole, Betten, Glas-, Vorjellian- und

andere Wirtschaftsstücken

öffentliche gegen höhere Zahlung versteigern, wozu höchst einlade.

Nach auf diese Auction befinden aufmerksam, da sämtliche

Güter sich in gutem Zustande befinden.

A. Kuhr, Auctionator u. Taxator Burgstraße 4.

(6927)

(3124)

(3253)

(3383)

(3382)

(3381)

(3380)

(3379)

(3378)

(3377)

(3376)

(3375)

(3374)

(3373)

(3372)

(3371)

(3370)

(3369)

(3368)

(3367)

(3366)

(3365)

(3364)

(3363)

(3362)

(3361)

(3360)

(3359)

(3358)

(3357)

(3356)

(3355)

(3354)

(3353)

(3352)

(3351)

(3350)

(3349)

(3348)

(3347)

(3346)

(3345)

(3344)

(3343)

(3342)

(3341)

(3340)

(3339)

(3338)

(3337)

(3336)

(3335)

(3334)

(3333)

(3332)

(3331)

(3330)

(3329)

(3328)

(3327)

(3326)

(3325)

(3324)

(3323)

(3322)

(3321)

(3320)

(3319)

(3318)

(3317)

(3316)

(3315)

(3314)

(3313)

(3312)

(3311)

(3310)

(3309)

(3308)

(3307)

(3306)

(3305)

(3304)

(3303)

(3302)

(3301)

(3300)

(3299)

(3298)

(3297)

(3296)

(3295)

(3294)

(3293)

(3292)

(3291)

(3290)

(3289)

(3288)

(3287)

(3286)

(3285)

(3284)

(3283)

(3282)

(3281)

(3280)

(3279)

(3278)

(3277)

(3276)

(3275)

(3274)

(3273)

(3272)

(3271)

(3270)

(3269)

(3268)

(3267)

(3266)

(3265)

(3264)

(3263)

(3262)

(3261)

(3260)

(3259)

(3258)

(3257)

(3256)

(3255)

(3254)

(3253)

(3252)

(3251)

(3250)

(3249)

(3248)

(3247)

(3246)

(3245)

(3244)

</

Beilage zu Nr. 49 des „Danziger Courier“.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Sonntag, 27. Februar 1898.

Pferdezucht und Pferdepreise in England.

Es ist in dem hin und her wogenden Streite für und gegen die Röroordnung, für oder wider Röblut resp. Wombblut wiederholt auch in dieser Zeitung darauf hingewiesen worden, daß man in England keine Röroordnung kennt noch je gekannt hat. Ebenso wenig ist in England von staatlicher Subvention zum Ankauf von Zuchtmaterial, noch von Ertheilung von Geldprämien an hervorragende Züchter etc. die Rede. Was in dieser Richtung geschieht, kommt lediglich von Seiten privater Züchterconsortien, den Ausstellungskomitees u. s. w., in erster Linie von der Royal Agricultural Society. Letztere Gesellschaft, nach deren Muster unsere „Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft“ gegründet worden ist, ist aber trotz des Namens „Royal“ ebenso wenig wie unsere Gesellschaft eine staatliche Institution, sondern lediglich ein privates Unternehmen. Auch hat es in England nie Staatsgefüte gegeben, deren Hengste, wie bei uns, in der Deckperiode im Lande vertheilt würden. Es findet also auch in dieser Richtung keine Beeinflussung des Pferdezüchters etwa dem behördlichen Wunsche entsprechen, daß man diese oder jene Zuchtrichtung damit fördern sollte, statt.

Was trohdom in England in der Pferdezucht geleistet wird und wie England die ganze Welt mit Zuchtmaterial versiebt, ist allgemein bekannt, auch von den enormen Preisen, welche für Hengste der Rennpferderace, thorough-bred oder Vollblut, wie wir sagen, gezahlt werden, wenn diese neben ihrem Stammbaume vorragende Leistungen auf der Bahn auszuweisen haben, hören wir gelegentlich. Nicht so bekannt ist, daß auch für das noch nicht so alte, neuverdientes mit besonderer Vorliebe geschätzte Shirehorses - Zuchtmaterial annähernd dieselben hohen Preise bezahlt werden wie für Vollblut. So wurden am 11. d. Ms. in Sandringham, dem Landsitz des Prinzen von Wales, 54 von demselben geschätzte Shirehorses verschieden Alters verkauft, welche in Summa 254 500 Mk. nach unserem Gelde, oder durchschnittlich 4710 Mk. pro Stück einbrachten.) Noch interessanter als Gesamt- und Durchschnittspreise und uns Deutschen besonders deshalb befremdlich, weil es sich um Cartlehorses (Korren- oder Achergäule) handelt, sind die erzielten Einzelpreise, woon einige erwähnt werden mögen. Es brachten:

die thueteste Mutterstute . . .	17 850 Mk.
bi igste . . .	1 780 "
das thuereste 1jähr. Stutfüllen . . .	12 600 "
" billigste . . .	2 100 "
" thuereste 2jähr. Stutfüllen . . .	10 500 "
" billigste . . .	1 281 "
" thuereste 3jähr. Stutfüllen . . .	24 150 "
" billigste . . .	1 323 "
" thuereste 2jähr. Hengstfüllen . . .	12 600 "
" billigste . . .	2 100 "

Von diesen sämtlichen 54 Pferden ist nicht ein einziges nach außerhalb verkauft worden, sondern die heimischen Züchter ließen keines aus der Hand. Ob der Bund der Landwirths, welcher neuerdings zu Antrag Kaniz und Bimetallismus als drittes Gieckenpferd auch das Shirehorse aufgenommen und durch seinen Reiseapostel, Herrn Arnold v. Plötz, dafür Propaganda macht, vielleicht indirekt durch Vermittelung eines Berliner Rothschild in Sandringham als Käufer aufgetreten, ist nicht wahrscheinlich, schon weil der genannte Bund ausgesprochen Antimon ist und semilicke Vermittelung perhorrescit.

Unsre inländischen Schwärmer für Shirehorses und ähnliche Karr ngäule mögen sich nach den Preisen, die in obiger Auction bezahlt worden sind und welche in den zahlreichen ähnlichen Auctionen anderer Shire-, Thordale-etc. Zücht in annähernd derselben Höhe bezahlt werden, eine Vorstellung davon machen, wie

*) Der Prince of Wales ist ehrlicher Landwirth. Unter den Käufern seiner Pferde führten die Namen der höchsten Aristokratie Alt Englands, u. a. Lord Roth-schild mit 12 600 Mk. für ein Hengstfüllen.

Die blonden Frauen von Ulmenried.

Eine Familiengeschichte aus vier Jahrhunderten von Gustavia v. Adlersfeld-Ballestrem.

[Nachdruck verboten.]

28) (Fortsetzung.) Auch die Heimreise verging ohne eine Aussprache der Gatten, denn Daphne schien meist zu schlafen und Friedrich Leopold betrachtete den Reisewagen nicht als den geeigneten Ort dafür. Doch auch daheim ward es nicht besser. Daphne hatte nur einen flüchtigen Gruß für ihre Kinder und begann sogleich ihre Arrangements, indem der Freiherr die unschuld gen, süßen kleinen Wesen an sein warmes, überreiches Herz drückte, als müßte er ihnen all das ersehen, was ihnen die eigene Mutter versagte.

„Es wird noch alles wieder gut werden“, sagte er sich.

Aber es wurde nicht mehr gut. Noch am selben Abend war es, da neigte sich der Freiherr über seine in diesem Nachdenken daschende Frau und sagte freundlich:

„Daphne, si hst du nun ein, daß du unrecht gehandelt und mir weh gethan hast?“

„Wie kommst du auf dergleichen Betissen?“ fragte sie spöttisch zurück. „Läß doch die sentimentalnen Babylagen — das ist so mauvais genre!“

„O Aind, Aind, was ist aus dir geworden?“ rief er schmerzlich. „Was hat die Welt aus dir gemacht!“

„Das, was mir zukommt“, entgegnete sie heftig. „Hier in diesem horriblen Winkel haft du mich zur ridiculen Landpomeranze gemacht. Diese Zeiten abominabler Solitude sind nun passé.“

„Daphne — du willst mich verlassen?“ — fragte er dumpf, doch aus seinen Worten klang ein ironischer Herzenston hervor, daß es sie erschütterte wider ihren Willen.

„Non —“ lagte sie zögernd. „Wer spricht davon? Ich meine nur, es ist so totalement hors de la mode, sich in ein nid d'amour mit seinem Mann zurückzuziehen von aller D.“

„Und wer hat dich diese — modernen Grundzüge gelehrt?“

minderwertig die Waare sein muß, welche ihnen für wenige hundert Mark von gewissenlosen Händlern und anderen, die ein Interesse daran haben, die Röblut-Schwärmerie am Leben zu erhalten, als Zuchtmaterial aus England und oft auch nur angeblich daher aufgehalst wird. Im günstigsten Falle mittelmäßige Gebrauchsware, jedoch ohne jeglichen Zuchtwert. Dies sollten namentlich die Genossenschaften, die sich durch den Bund der Landwirths für den Karrenbau und damit für den Bund selbst haben einsingen lassen, nicht aus dem Auge verlieren.

In einem früheren Artikel dieser Zeitung wurde darauf hingewiesen, daß sich das hiesige Werder unter Umständen zur Zucht des englischen Karrenauges eignen würde, vorausgesetzt, daß die nötige Grundlage durch Beschaffung fehlerfreien Mutter-Gutenmaterials geschaffen werde. Wie aus obigem Beispiel ersichtlich, würde dies aber an der Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit scheitern, ein dergl. Zuchtmaterial zu irgend annehmbarer Preise zu beschaffen, ganz abgesehen davon, daß wohl kaum ein praktischer Werderaner so unvernünftig sein würde, seinen Geldbeutel zu diesem Zwecke so weit zu öffnen.

Über die Naturgeschichte des sog. Shirehorses sei noch bemerkt, daß dieser Name soviel wie „Landschlag“ bedeutet. Das in den „Shires“, d. h. den Grafschaftsbezirken, über ganz England von Alters her verbreite schwere Arbeitspferd, ursprünglich sehr wenig ausgeglichen im Exterior, infosfern aber doch ein einheitlicher Pferdeschlag, als der Zuchtwert, einen praktischen Acker- und Arbeitsgau zu erzielen, derselbe war, hat die Grundlage des jetzt soa. Shirehorses gebildet. Es wird sehr nach bestimmtem Typus und bestimmter Leistung hin einheitlich gezüchtet und die Nummern der in das Gestüsbuch für Shirehorses eingetragenen Thiere von Zuchtwert laufen bereits bis gegen 30 000. Das Deckgeld für einen in den Blättern annoncierten bekannten Shire-Hengst beträgt 105 Mk., zuweilen werden noch höhere Preise bezahlt.

Zu einer solchen Blüte ist also ein kleiner und zwar der jüngste Zweig der Pferdezucht in England emporgeiehen ohne Bevormundung und staatliche Subvention, lediglich durch soziales Zusammethun und bewußtes Streben nach einem klar erkannten Ziel und Einsichten der ganzen englischen Energie für Erreichung dieses Ziels.

In dieser allgemeinen Beziehung, nicht weil sie gerade Shirehorses oder verwandte Arbeits-Züchter treiben, sollen uns die Engländer Vorbilder sein und es sollen die Bitten um Subventionierung durch den Staat, die ewigen Alagen über das vom Staat verlangte hohe Deckgeld etc. verstummen. Es sind in Westpreußen wiederholt Fälle vorgekommen, daß ein Hengst seitens bürgerlicher Züchter keinen Zuspruch erhielt, weil das Deckgeld 15—19 Mk. betrug, während der Durchschnittsjahrs für Westpreußen 13 Mk. betrug, oder wenn man zu dem teuren Hengst schickte, so that man es wenigstens nicht ohne lautest Murren. Ist ein Hengst gut, so spielen 10 oder 20 Mk. Deckgeld mehr absolut keine Rolle. Denn das zu erwartende Füllen ist dann voraussichtlich nicht bloß 10—20, sondern oft 50—100 Mk. mehr wert als das von einem schlechten gefallene.

Hinsichtlich des Deckgeldes möchten wir jedoch zum Schluß nicht unterlassen, der königlichen Gestütsdirektion gegenüber einen bescheidenen Wunsch auszuprächen, den nämlich, daß sie dem sehr praktischen Beispiele der meisten englischen Hengsthalter bei Berechnung des Deckgeldes folge. Es ist in England fast allgemein Sitte, daß man dem Besitzer der Stute die Hälfte des bezahlten Deckgeldes zurückzahlt, falls die Stute gütig gebüsst. Es liegt dieser sehr vernünftigen Einrichtung der Stute zu Grunde, daß man den Stutenbesitzer nicht den vollen Schaden tragen lassen will, den er dadurch erleidet, daß er seine Stute verehrt zum Hause gefürt, anderer-

„Mais, tout le monde! Ueberdies partcipiert deine Mutter diese opinions vollkommen!“

„Und die Folge davon ist, daß auch ich dir bald zu unmodern, zu einfach, zu beschränkt sein werde“, sagte Friedrich Leopold mehr schmerzlich als bitter und ironisch.

„N türlich“, erwiderte sie nachlässig. „Hat doch der Churfürst mir selbst ganz raillant gefragt: „Ihr époux macht auf mich l'expression, als leote er vor hundert Jahren! Sie sind so amüsant, unsere biederer Lor djunker.“ Ich hatte gedacht, ich müßte mich zu Tode honitren!“

„Sie schämst sich meiner — nun hab ich sie verloren“, stöhnte der Freiherr und setzte mit unbeispielbarem Ausdruck hinzu: „Und ich habe das so heil geliebt, so ungälig!“

Da überkam es Daphne doch wie eine wundersame Rührung, denn ihr leichtes Blut hatte seine Wandlung noch nicht vollendet, das Gift der Welt hatte es noch nicht ganz zerichtet. Sie stand auf und legte ihren weichen Arm um seinen Nacken, lehnte ihre rosige Wange an die seine und sagte leise:

„Ich will dich ja nicht betrüben! Sei nur wieder gut — ich habe dich doch lieb!“

Mit einem Freudenkreis nahm er sie in seine Arme — vergessen war alles Weh über dem Wort: ich habe dich doch lieb! Vergessen war, was er um sie gesessen, denn die Liebe vergiebt ja so gern und ganz, weil eben sie die Liebe ist. Und er sah auch nicht den leichten Hauch von Ungeduld, der bei dem Ausdruck seiner Freude über Daphnes Antlitz lag, er hörte nur immer ihre Worte: „Sei wieder gut, ich habe dich doch lieb.“

Und es schien auch die nächsten Tage alles gut, bis die Vorbereitungen für den churfürstlichen Besuch allen Ernstes begannen. Da stellte es sich heraus, daß Daphne bereits in Dresden einen französischen Rock engagiert hatte, sowie zahlreiche Bestellungen für die Decorirung der für den hohen Gast bestimmten Zimmerreihe gemacht mit jener Sorgflosigkeit, welche sie charakterisierte und jener Ahnungslosigkeit über den Wert des Geldes, wie sie eben nur ein Kind beweisen kann.

seits gibt sie eine gewisse Garantie dafür, daß die Paarung sachgemäß und gewissenhaft und nach allen Regeln der Erfahrung geleitet werde, so daß den Stationshalter oder dessen Bedienstete nicht der Vorwurf der Unkenntlichkeit oder Fahrlässigkeit treffen kann.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 26. Februar.

* [Ergebnisse der Arbeiterversicherungen.] Nach dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1897 bestanden zum Zweck der Durchführung der Unfallversicherung im Jahre 1897 insgesamt 113 Vertragsgenossenschaften, darunter 65 gewerbliche mit 442 772 Betrieben und 5 734 680 versicherten Personen und 48 land- und forstwirtschaftliche mit 4 645 057 Betrieben und 11 189 071 versicherten Personen. Dazu kommen noch 145 Reichs- und Staats- und 258 provinzial- und communal-Ausführungsbehörden mit zusammen 681 439 versicherten Personen, so daß der Schlusse des Jahres 1897 an 18 Millionen Personen gegen Unfall versichert waren. Hinzu treten noch die bei den 13 Versicherungsanstalten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften und der Tiefbau-Berufsgenossenschaft versicherten Personen. In der Gesamtzahl, die auch alle versicherten landwirtschaftlichen Unternehmer sowie die landwirtschaftlich im Nebenberuf beschäftigten Personen umfaßt, östlich anderthalb Millionen solcher Personen doppelt erscheinen, die gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt und versichert sind. Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug nach der vorläufigen Ermittlung 381 865, die der entstätigten Unfälle 92 512. Die verausgabten Entschädigungen (Rente etc.) betrugen 64 085 317 Mark gegen 57 154 398 Mk. im Jahre 1896. Entschädigungen (Rente etc.) wurden im Jahre 1897 gezahlt oder angewiesen an 380 958 Verlehrte, 36 715 Witwen, 63 742 Kinder, 2317 Ascendenten, 63 742 Elternteile, 63 742 Kinder, 2317 Ascendenten, 63 742 Elternteile; daneben erhielten seines 9323 Ehefrauen, 20 077 Kinder und 199 Ascendenten als Angehörige von Verlehrten, welche in Krankenhäusern untergebracht waren, die gefährlichen Unterrichtungen, so daß im Berichtsjahr zusammen 515 331 Personen, gegen 452 953 im Jahre 1896 der Unfallversicherung teilhaftig geworden sind.

Über die Invaliditäts- und Altersversicherung ist Folgendes zu berichten: Dom 1. Januar 1891 bis Ende 1897 wurden im ganzen 614 861 Renten, und zwar 296 452 Invaliden- und 318 409 Altersrenten, anerkannt. Davon entfallen auf die 31 Versicherungsanstalten 277 382 Invaliden- und 312 215 Altersrenten, auf die 9 Rasseneinrichtungen 19 070 Invaliden- und 6194 Altersrenten. Im Jahre 1897 bezogen rund 231 000 Personen Invalidenrente und 222 000 Personen Altersrente, also rund 453 000 Personen überhaupt Rente. Da sich unter diesen rund 700 Personen befinden, deren Altersrente im Laufe des Jahres in Invalidenrente umgewandelt wurde und diese Personen deshalb doppelt gezählt sind, so stellt sich die wirkliche Zahl der Rentenempfänger des Jahres 1897 auf rund 452 300 Personen, an welche insgesamt 54,4 Millionen Mark, und zwar an Altersrenten rund 27,6 Millionen Mark, an Invalidenrenten 26,8 Millionen Mark, gezahlt sind. Den von den Versicherungsanstalten seit dem 1. Januar 1891 festgesetzten Renten entspricht überwiegend ein Deckungskapital von rund 311,8 Millionen Mark, und mit Einschluß der an den Reservfonds abfließenden Beträge in Höhe von rund 62,4 Millionen Mark ein Kapital von rund 374,2 Millionen. Die Einnahme aus Beiträgen beliebt sich für die Versicherungsanstalten nach Abzug der gesammelten Verwaltungskosten im Jahre 1891 auf rund 85,2 Millionen Mark, 1892 84 Millionen Mark, 1893 85,2 Millionen Mark, 1894 87,8 Millionen Mark, 1895 89,8 Millionen Mark, 1896 95,4 Millionen Mark, 1897 98 Millionen Mark.

„Weißt du, was all das im Gefolge hat?“ fragte der Freiherr. „Ich werde es dir sagen — unser finanzieller Ruin!“

„Ah bay!“ machte sie erstaunt und ungläubig. „Bist du denn so pauvre, daß du die paar Groschen nicht einmal depensieren kannst?“

„Paar Groschen!“ wiederholte er grimmig. „Was ich summert, läuft bereits in die Lautende. Und wir sind noch nicht einmal fertig!“

„O keine Spur!“, rief sie. „Und ausladen können wir solch einen Gast doch nicht? Wir müssen uns eben mit dem point d'honneur sonieren!“

Es blieb freilich nichts anderes übrig, aber das verschwieg sie ihm weislich, daß sie es gewesen, die den Churfürsten eingeladen, um ihren Ehregeiz zu befriedigen. „Gest, wir sind die Bevorzugten!“ konnte sie dann all ihren Bekannten erzählen.

Und der Churfürst kam mit glänzendem Gesicht, und sein Empfang auf Ulmenried war ein königlicher; der hohe Herr, dessen Schönheitssinn so Vieles für seine Residenz geschaffen, was wir heut' noch bewundern, war entzückt von dem alten, vornehmen Edelstil, von dessen Thürmen die weiß-blauen Flagge der Ulmenrieds läufig in der goldklaren, sonnigen Herbstluft flatterte — ja, das alte Schloß entzückte ihn zu Daphnes Erstaunen weit mehr als ihre schimmernde „Caprice“ am Ufer des Teiches.

„Ich bitte Sie, baronne“, hatte er gefragt, „moderne Schlösser und Pavillons kann ich mir alle Tage bauen, aber diese ehrenwürdigen Denkmale verschollener Zeiten kann ich mir nicht schaffen, wenn und wo es mir beliebt.“

„Huh, es ist aber so unheimlich, das alte Schloß“, erwiderte Daphne mit einem Schauer, „der richtige Tummelplatz für revenants.“

„Nun, auch diese wollen ihr plaisir haben“, lachte der Churfürst amüsiert.

Nachdem der Churfürst sich nach seiner Ankunft durch ein Diner gefärbt, bei dem der französische Koch sich alle Ehre einlegte, brachten die Dorfleute von Ulmenried ihrem Landesherrn einen Erntekranz dar, und mit Vergnügen sah der Churfürst dem fröhlichen Tanz der hübschen Dirnen unter

* [Für und wider die Saatkrähen.] Wiederholen haben wir über diese Frage Auslassungen von Naturforschern, zuletzt von Brehm und Professor Dr. Rödig gebracht, in welchen der Grund der Untersuchung des Magengehalts geschlossener Krähen behauptet wurde, daß die Saatkrähe eher als ein für die Landwirtschaft nütliches als schädliches Thier anzusehen ist. Gegen diese Aussicht wendet sich in der „Landwirtschaftlichen Rundschau“ ein praktischer Landwirt Herr v. Schmidt-Warschken. Er verzängt das Ergebnis der Untersuchung, weil bei derselben nicht in Betracht gezogen sei, was die Krähe bei dem Aufsuchen ihrer Nahrung für einen großen Schaden anrichte. Herr v. Schmidt hat bei seinen Roggenarten festgestellt, daß es nach etwa 180 abgebrochenen ca. 3 Centimeter langen Keimen der Krähe erst geglückt war, ein Korn aus dem Boden zu ziehen. Die Zahl der in Aräthenmägen gefundenen Krähenmengen wäre also mit 180 zu verhältnissen, und dann ändert sich das von der Krähe gegebene Bild doch wesentlich. Ferner macht Herr v. Schmidt darauf hin, welchen Schaden das Einbringen der Krähen in geschlossenen Waldungen hervorruft. Hier bleiben alle versuchten Verschüttungsmittel ohne Erfolg. Die Bäume verfallen bei dem längeren Belande der Colonie dem Abholzen. Herr Rödig vertheidigt sich gegen den ihm gemachten Vorwurf einer ungenauen Beobachtung und weiß darauf hin, daß Herr v. Schmidt in einigen Fällen die Saatkrähe mit der Rebeklette verwechselt habe. Zum

emsiges Leben und Treiben der Waldarbeiter und unserer Pioniere in den Waldungen zu beobachten. Die „A. A. 3.“ berichtet hierüber:

Morgens um 6½ Uhr treten die Pioniere in ihren Quartierorten auf, führen etwa eine halbe Stunde ihre militärischen Übungen aus und begeben sich sodann abtheilungsweise unter Führung eines Offiziers oder Unteroffiziers in ordnungsmäßigen Marsche nach der Arbeitsstätte. Die Stämme, welche abgeholt werden sollen, sind von den betreffenden Forstbeamten bereits vorher durch Anschläge gekennzeichnet worden. Die Aussicht wird von Unteroffizieren gesucht. Hier sieht man eine Gruppe Pioniere, welche in knieender Stellung mit der Säge hantiren, und dort werden mächtige Bäume mit der Axt ausgerichtet, um die Bäume zu fällen. Hier sind Mannschaften bemüht, die Stämme mit eigens dazu hergerichteten Handbüchsen auf etwa 1½ Meter Höhe vom Moose zu befreien und dort sind andere thätig, diese mittels Gummischläuchen mit einem Leimgürtel zu versiehen. Der Zumbal, welcher durch das Geräusch der Sägen und der Axtsiebe, sowie das Krachen der niederkürzenden Bäume entsteht, versetzt die gesammte Tierwelt in Aufrühr. Das flinke Eichhörnchen, der furchtlose Hase, das schne Roth- und Schwarzwild eileit, rennet und flüchtet, um aus dem gefährdrohenden Revier zu entkommen. Auch der geflügelte Welt ist dieses Gesäumme zu wider, und sie zieht sich schleunig nach einem stillen Plätzchen zurück. Von 12 bis 1 Uhr tritt für die Pioniermannschaft eine Erholungspause ein, welche dazu benutzt wird, um sich an den aus den Quartieren mitgebrachten Schwaaren zu stärken. Meistens wird diese Mahlzeit an brennenden Herdfeuern eingenommen. Nach Marktenderart stellen sich auch Budiker mit Vtualien, Getränken, Cigarren etc. ein und finden, so lange die Muttergroßen noch vorhanden sind, reizenden Absatz. Da inzwischen auch hier und da die munteren Weisen der bekannten Soldatenlieder erklingen, so erinnert dieses Bild uns lebhaft an das Leben im Mansvorsfelde. Leider haben die Pioniere im Laufe der vergangenen Woche durch die häufigen Niederschläge zu leiden gehabt, da sie fast täglich vollständig durchnäht in ihre Quartiere eindringen. Ein wehmütiges Gefühl bekleidet uns schon jetzt, wenn wir uns die früheren idyllischen Partien bei Schillinen und Jörkischen anschauen. Sämtliches Unterholz ist ausgehauen und weggeschafft und durch die lichten Waldbestände streichen ungehindert Wetter und Sturm. Jahrzehnte werden erforderlich sein, um die durchstörte Rominter Heide wiederum auf den bisherigen romantischen Zustand zurückzuführen. Nicht freiwillig, sondern notgedrungen mussten diese Vernichtungsarbeiten als Schikmaßnahme gegen den Raupenstrahl ausgeführt werden. Da aller Wahrscheinlichkeit nach auch verschiedene Communal- und Privatforsten unter der Calmität des Nonnenstrahls zu leiden haben werden, so sind die benachbarten Revierverwalter der königlichen Forsten seitens der Staatsregierung angewiesen worden, auf etwaige Anfragen den Eigentümern dieser Communal- und Privatwaldungen über die Merkmale und die Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Raupenplage Auskunft zu erteilen.

* Königsberg als Bierconsumpt. Wie sich aus der im Jahre 1896/97 eingegangenen Biersteuer im Betrage von 163 000 Mk. ergibt, belief sich der Bierverbrauch in jenem Jahre auf die respectable Menge von 300 000 Hektoliter oder 30 Millionen Liter. Die „Asgb. Allg. Blg.“ stellt dar folgende Berechnung an: Wenn wir die Bewohnerzahl unserer Stadt auf 176 000 Seelen annehmen und davon das schöne Geschlecht, das allerdings dem Biergenuss nicht immer abhold ist, mit rund 90 000 in Abzug bringen, so bleiben ca. 86 000 Personen masculin generis, von denen allerdings wohl die Hälfte auf solche abgeht, die dem Bier noch keine besondere Neigung entgegenbringen. An „trinkhaften Männern“ mag es bei uns also etwa 40 000 geben. Verteilen wir auf diese die oben erwähnten 30 Millionen Liter, so entfallen auf jeden pro Jahr 750 Liter oder rund zwei Liter täglich. Giebt es gewiss auch manchen, der es bis zu dieser Höhe nicht zu bringen vermag, so ist doch sicherlich auch die Zahl derer nicht gering, die noch erheblich darüber hinausgehen.

Bermijntes.

Begräbnisse auf Haiti.

Aus Port au Prince schreibt man der „Post“: Dass eine Gefordner hier so schnell wie möglich beerdigt werden muss, liegt in den Verhältnissen des Tropenklimas. Vor einigen Tagen starb hier ein Amerikaner. Am Kirchhofe angelangt, suchten einige Freunde den Sarg, um ihn zur letzten Ruhestätte zu befördern. Nun hat der Kirchhof weder Weg noch Steg, Kreuz und quer liegen hier die Grabstätten dicht zusammengedrängt. Es genügt eine Riesenanstrengung dazu, über die Gräber hinweg mit dem schweren Sarg zu vortragen. Hier tritt der Fuß in frisch gemachte

Bunte Chronik.

Untersee-Dampfer.

Dem Amerikaner Simon Lake soll es gelungen sein, einen Dampfer zu bauen, der bis zu beliebiger Tiefe herabsteigen, in dieser Tiefe seine Fahrt Tage lang fortsetzen und zu jeder Zeit wieder aufsteigen kann. Die Versuche mit unterseeischen Fahrzeugen sind nicht neu. Das erste wurde 1850 von Bouer erbaut und im Ateler Hafen in Betrieb gesetzt, doch mißlang der Versuch vollständig, denn das Boot vermochte, dem hohen Wasserdruck entgegen, nicht mehr an die Oberfläche zu kommen. Ende der achtzig Jahre erregte das nach seinem Erfinder benannte „Nordenfelsboot“, in welchem 6 bis 7 Personen etwa 5 bis 6 Stunden unter Wasser bleiben konnten, lebhafte Aufsehen, doch wies dieses Boot, dessen Kraftquelle eine Dampfmaschine bildete, so erhebliche Mängel auf, daß die Versuche wieder eingestellt wurden. Die Fortschritte der Technik in den letzten Jahren bewirkten Waddington und Baker, um durch Elektromotoren betriebene unterseeische Boote herzustellen. Wenn diese letzteren auch nicht fehlerfrei waren, so bewiesen sie doch, daß der Bau unterseeischer Boote aus dem Stadium der Versuche herausgetreten war, und daß nach den über die Bewegung unter Wasser gesammelten Erfahrungen die Möglichkeit, geeignete unterseeische Fahrzeuge zu bauen, nicht mehr entfernt sein konnte. Dieses Ziel hat nach den bisherigen Nachrichten der Lake-dich Dampfer „Argonaut“, der während des vorigen Monats zwei befriedigende Probefahrten machte, erreicht. Das Fahrzeug gleitet mit den Rädern an der Seite mehr einer unterirdischen Lokomotive, als einem Schiffe. Es ist 36 Fuß lang, mit 9 Fuß im Durchmesser, und ist gänzlich aus so starkem Stahl gebaut, daß es den stärksten Wasserdruck aushalten kann. Die Triebkraft wird, wenn der „Argonaut“ auf dem Wasserspiegel schwimmt, von einer Gasolin-Dampfmaschine von 30 Pferdestärken geleistet, während unter Wasser eine mächtige elektrische Batterie die Räder in Bewegung setzt. Als Steuerruder dient das einzige Hinterrad. Die Geschwindigkeit unter Wasser beträgt 5 englische Meilen; der elektrische Vorraum ist für eine Fahrt von 2000 englischen Meilen berechnet. Nach gesunkenen Schiffen zu suchen, deren Ladung zu retten, gebrachte Fahrzeuge flott zu machen, den Meeres-

Hügel, dort in wenige Blumen oder Sträucher, die eine sorgende Hand dem Andenken des Verstorbenen gesetzt gewidmet. Über Hügel und Gackete, Dornengebüsch und Gestrüpp und Gestrüpp und zerbrochene Marmortafeln arbeiten die Träger sich langsam zum Grabe; und das alles bei einer Hitze von 40 Grad Raumtemperatur in der sengenden, stechenden Tropensonne. Endlich ist man angelangt an der frisch ausgeworfenen Grube, an der zwei in schwühe Zeiten gekleidete Arbeiter, den Spaten in der Hand, ruhig den „blanc“ erwarten. Die Freude ist bei diesem Gefindel immer besonders groß, wenn ihre Beschäftigung ihnen einen Weichen überantwortet, und nichts hindert diese schwarzen, gefühllosen Menschen, dieser Freude in den entsetzlichsten Flüchen und Schimpfwörtern, lachend, schreiend, unverhohlen ausdrück zu geben. Wer beschreibt aber das Entsetzen! Auf der ausgeworfenen Erde liegt ein menschliches Skelett. Arm- und Beinknochen treiben sich zerstreut am Rande der Grube umher. Wem die trocknen Reste gehören, niemand weiß es und kümmert sich darum. Man braucht eben ein Loch für eine Beerdigung und warf den darin gefundenen Toten einfach an die Oberfläche. Die beiden schwarzen Teufel packten jetzt den Sarg; einer stieg in die kaum vier Fuß tiefe Grube, der andere hob den Sarg über den Rand in die Tiefe; doch das Loch war zu klein. Also heraus wieder mit der nur roh zusammengefügten Rinde. Nach einer Weile war die Vergroßerung beendigt und der Sarg wurde wieder hinuntergestoßen. Noch lag er nicht flach auf dem Grunde, und um dies zu erreichen, traten die beiden auf dem Sargdeckel herum. Da, ein Anstoss, ein Krach, der Deckel war mitten gebrochen, und die schwärzgekleidete Gestalt des Toten erscheint den entsetzlichen Blicken des Trauergefolges. Ein wildes, entmenschliches Lachen entfuhr den beiden „Totengräbern“ über diesen gelungenen Coup, und da der Deckel zerbrochen, wurde die entblöhte Leiche noch mit einigen Fäusten bearbeitet. Beim Herausklettern aus der Grube fiel der zerbrochene Deckel gänzlich zur Seite. In wilder Freude ewig genährten Hasses ergriff nun einer der Schwärze den Totenschädel des ausquartierten Skelets und schleuderte ihn der sterben Leiche in das schmerzerfüllte Angesicht! — Das war ein protestantisches Leichenbegängnis in der Hauptstadt Port au Prince! Und da standen der Pfarrer, viele Freunde des Verstorbenen und neugierige Händler und sahen einem Schauspiel zu, welches das Blut in den Adern erstarrten ließ.

Wie im Innern des Landes begegnete ich einst einem „Volksbegräbnis“, das mich geradezu „gruseln“ machte. Da standen voran zwei bis zur Hüfte nackte, in bunte Tücher gewickelte, betrunke Neiger, die auf ihren Köpfen einen Sarg balancierten. Nein, keinen Sarg! sondern eine in schwühe Lappen gehüllte, zwischen zwei Brettern eingehüllte Leiche, der man nur verlegen hatte, die Arme einzubinden, wahrscheinlich, um der Orgie nichts von ihrer krasse Wildheit zu nehmen. Denn die Arme baumelten und schlanken an dem engen Rößig zu beiden Seiten hin und her und trugen auch manchmal die nackten Schultern der tanzenden Träger, was jedesmal das Hervorstoßen wilder Laute erzeugte. Hinter diesem „Leichenwagen“ folgte die Schaar der Leidtragenden, kreischend und singend, in dem berüchtierten Bauteanzug unter dem Gurren und Gummen, Klappern und Klatschen der eigentlich rhythmischem Trommel-musik.

Aber Haiti ist ein civilisirter Staat! Ist er doch von den Mächten als solcher anerkannt! Hat er doch eigene beglaubigte Vertreter an den europäischen Höfen.

Kleine Mittheilungen.

* [Attentat auf einen Eisenbahnzug.] Über den verbrecherischen Plan, einen Eisenbahnzug in die Luft zu sprengen, wird aus Dortmund berichtet. Der Streckenwärter der Linie Köln-Minden fand Montag Mittag zwischen Kassel und Herne an den Schienen ein in einer Zeitung gewickeltes Paket. Nachdem er das Papier

boden nach Perlen, Korallen abzusuchen, soll die Aufgabe des „Argonaut“ werden.

Kampf zwischen Elephant und Stier.

Mehr als vierzehntausend Menschen sah der Madrider Stiergefechts-Circus und doch drängten sich am letzten Sonntag Tausende vor seinen Thoren, ohne Einlaß zu finden. War doch ein Kampf zwischen dem Elephanten „Nero“ und dem Stier „Gomberito“ (Hüttchen) ange sagt. Zum letzten Male hatte Ansatz der sechziger Jahre eine derartige Heft stattgefunden, wobei der Dickehäuter mit leichter Mühe siegte. Aber „Nero“ war noch nicht ausgewachsen, seine Stoßzähne kaum sichtbar, und so konnte der Ausgang zweifelhaft erscheinen. Die Ganztulpe, mit welcher „Nero“, ein noch in jüngster Jugend befindliches Thier, seinen Wärttern in die Arena folgte und sich mit einer schweren Kette fesseln ließ, bewies allerdings fogleich, daß er mit dem grimmen Cäsar nur den Namen gemeinsam hatte. Schon erlöste die Fanfare, um „Gomberitos“ Ankunft zu melden, da jäh „Nero“ „nur zum Spaß“ seine Kette und als er wieder angebunden war, beachtete er seinen Gegner gar nicht. Dieser sah ihn etwas misstrauisch an und versetzte ihm dann einen Stoß mit seinen Hörnern. Dem Elephanten kam es so vor, als ob ihn etwas getrakt hätte, er „trampete“ kräftig und lief davon, indem er sich wiederum spielend von der Kette losmachte. Aber als das Publikum ihn wegen seiner Feigheit, wie üblich, während mit Apfelsinen bombardirte, hielt er, inne und ließ sich, ohne die mindeste Scham zu empfinden, die Früchte schmecken. Der Stier war aber auch garnicht ruhigbegierig und ließ sich auch durch umgeworfene Mäntel nicht bewegen, einen neuen Angriff zu unternehmen. Die Veranstalter des Gefechts waren zufrieden, ebenso die beiden Kämpfer, aber nicht so das Publikum, das nach einem neuen „Tapferen“ Stier verlangte. Dieser erschien auch in den Schranken, „Nero“ sprang zum dritten Male seine Fesseln, warf ohne die geringste Anstrengung einen Theil der Umzäunung der Arena um und verbreitete unter den Zuschauern großen Schrecken. Als ihn der Stier nun umwarf und ihm einige leichte Schrammen versetzte, war er regelrecht besiegt. Der Stier ernste großen Bestall, woraus er sich vermutlich wenig mache. „Nero“ schmäuse aber

entfernt und einen Lappen befestigt hatte, sond er sechs Dynamitpatronen, die mit Zündschnur versehen waren. Die Schnur war angebrannt, jedoch wahrscheinlich in Folge des Regens oder des Windes erloschen. Waren die Patronen zur Explosions gelangt, so würde unfehlbar die Scheune zerstört worden und der folgende Zug unfehlbar zur Entgleisung gekommen sein. Das Verbrechen ist am hellen Tage ausgeführt worden, was dadurch möglich wurde, daß die Strecke an jener Stelle durch einen Wald geht, der Verbrecher also leicht ohne Gefahr kommen und verschwinden konnte.

* [Brillen für Pferde.] Eine merkwürdige Vorrichtung, um Reit- und Rutschpferden jene graciöse Gangart, das sogenannte „high stepping“ anzugeben, ist unlängst von einem amerikanischen Erfinder konstruiert worden. Dieser bereits patentierte und mit großem Erfolg angewandte „Ganglacher“ ist nichts anderes als eine große Brille, deren Gläser so geschliffen sind, daß sie dem normalen Pferdeauge alle Gegenstände und somit auch den Boden, auf dem es dahinschreitet, um ein Beträchtliches näher erscheinen lassen. Das Resultat ist nun, daß der edle Reitner nicht nur die schlanken Beine höher aufhebt als gewöhnlich, sondern auch den Kopf mit unnachahmlicher Grandezza zurückwirft. Diese „vornehme“ Haltung und Gangart wird dem Thiere nach einiger Zeit so zur Gewohnheit, daß man ihm bald das nicht gerade verschönende Ungelüm von Brille abnehmen kann, ohne befürchten zu müssen, den eleganten Traber wieder in den alten Schleuderian zurückfallen zu sehen.

* [Die Kaiserstandarte] auf dem Dache des kgl. Schlosses in Berlin zeigt sich in dreierlei Größen. Bei Windstille oder nur mäßig bewegter Luft wird die „große Flagge“ gehisst, die eine Seitenlänge von je 4 Meter = 16 Quadratmeter Flächeninhalt hat. Ist der Wind stärker, so zeigt sich eine „Mittelflagge“ von 2½ Meter im Quadrat = 6¼ Quadratmeter Fläche. Die kleinste Flagge, die sogenannte „Sturmflagge“, ist 1½ Meter im Quadrat = 2¼ Quadratmeter Fläche groß. Im übrigen hat das kgl. Schloß die höchsten Flaggenmasten in Berlin. Diese Masten sind aus Eisen gearbeitet und haben eine solche Höhe, die der Höhe eines vierstöckigen Hauses fast gleichkommt, nämlich von 22 Meter. Davon sind 4 Meter im Dachbalken verankert, 2 Meter werden durch die die Schlossfassade krönende steinerne Brüstwehr verdeckt, und die übrigen 16 Meter sind von der Straße aus sichtbar. Die die Flaggenmasten nach oben hin abschließenden Kronen haben in ihrer Weite einen Durchmesser von 40 Centim.; sie sind aus Gußeisen gearbeitet und stark vergoldet.

* [In den Kreisen der Telephonistinnen] herrscht große Begeisterung über die lange ersehnte elatmäßige Anstellung, welche das Elastische 1898/99 den weiblichen Telephonbeamten bringt, die neun Jahre Dienstzeit vollendet haben. Die Frenspree-Gehilfinnen treten dann mit 1100 Mark Jahresgehalt und dem Titel „Telephon-Gehilfinnen“ in die endlich errungene Rechte ihrer älteren Colleginnen und steigen wie diese bis 1500 Mark. Nachdem die wesentlichste Forderung der Telephonistinnen in Erfüllung gegangen, beabsichtigen sie in einer Eingabe an den Staatssekretär v. Poddelski eine Reihe weiterer Wünsche vorzubringen. Die hauptsächlichsten Alogen gelten dem aufreibenden Doppeldienst an jedem vierten Tage, dessen Einschränkung dringend gewünscht wird, ferner der strengen Bestimmung, daß den Beamten bei ein- bis dreitägiger Dienstfähigkeit das volle Tagessalär abgezogen wird, was diese veranlaßt, selbst bei Erkrankungen, so lange es ihnen nur irgend möglich ist, den Dienst zu verziehen. Ferner wird die Anstellung eines weiblichen Vertrauensarztes für Beamten gewünscht, welchem Verlangen, wie verlautet, die Reichspostverwaltung nicht abgeneigt sein soll. Dagegen dürfte das Begehr um Abänderung des Titels „Gehilfin“ wohl nicht so bald in Erfüllung gehen.

wieder vergnügt die Orangerie, welche ihm das Publikum zum Zeichen seines Missfalls verehrt.

Eisgelingen im eislosen Winter.

Da sich, von den Gebirgsgegenden abgesehen, in diesem Winter bisher nirgends in genugendem Maße brauchbares Eis gebildet hat und die Ausfahrt auf starken Frost auch immer geringer wird, so werden in immer stärkerem Maße ferne Bezugssquellen benutzt, um die Coniumenten, ehe die noch vorhandenen Vorräthe ganz aufgebraucht sind, mit Eis zu versorgen. So dauert die Eisgelingen in den Riesengebirgsstädten noch rege fort. Blöcke von 6 bis 8 Zentimetern werden herausbefördert und nach Arnummhübel gebracht. Jetzt aber hat eine Schneelawine das Eis auf dem Großen Teich durchschlägen und das Wasser über den unteren Teichrand hinausgetrieben. Die Arbeiter wagen sich nicht in die hoch ragenden Eisberge hinein und sind indessen auf den kleinen Teich übergegangen, bis die Zwischenräume der Eisstücke wieder festgefroren sind. Aus allen Gegend, besonders aus Berlin, sind Eisbestellungen eingegangen. Der Zentner wird mit 70 Pfennig berechnet aber nur bis Bahnhof Arnummhübel, so daß er den Abnehmern natürlich erheblich höher zu stehen kommt.

In Hamburg und Stettin wird flott norwegisches Eis importiert, das dem Riesengebirgs-Eis an Qualität mindestens gleichkommt und meistens noch stärker geliefert wird. Bekanntlich ist eine Schiffsladung norwegischen Eises dieser Tage auch in Danzig eingetroffen.

Das „geliebte Auge“ als Breloque.

Dem überaus erfunderlichen Hirn von Madame „La Mode“ ist wieder einmal eine höchst exzentrische „Idee“ entsprungen. Es handelt sich um ein sehr „originelles“ Liebesangebot, das in Form eines Breloque am Armband oder der Uhrkette getragen werden kann und nichts Geringeres vorstellt als „Ihr“ oder „sein“ Auge. Dieses wird von Künstlerhand läufig ähnlich etwa in halber Lebensgröße auf Elsenebein gemacht und in einen perlenen goldenen Rahmen gesetzt, der noch obendrein mit den schönen Edelsteinen verziert ist. Das Malen dieses einzelnen Auges ist nun durchaus keine kleine Aufgabe, weder für den Maler noch für das Modell. Wer dem Gegenstande seiner heitern Gelübe

Die Vorgänge im Nigergebiet.

Die Vorgänge im Nigergebiet, diesem Bank-
apfel des dunklen Erdteils, nehmen einen recht bedrohlichen Charakter an, und wenn man die kriegerische Sprache, welche die englische Presse zur Zeit führt, als maßgebend ansehen wollte, dann könnte man wohl zu der Meinung verleitet werden, daß England und Frankreich dicht vor dem Ausbruch eines kriegerischen Conflicts stehen. Während die anscheinend permanent gewordene Niger-Conferenz in Paris noch immer ihr erfolgloses Dasein fristet, das den Westen verfolgt, die englischen und französischen Interessenphären im Nigergebiet endgültig abgrenzen, ist es in diesem Gebiet selbst bereits zu Auseinandersetzungen ganz anderer Natur gekommen, die aus dem diplomatischen Gebiet hinüberschließen.

Die französische Colonialpolitik hat sich hier der englischen überlegen gezeigt. Das lehre Ziel dieser Politik bildet der Tschadsee. Seit langer Zeit sind die Franzosen mit stillen aber unaufhaltsamen Eifer bemüht, vom Senegal und von der Sklavküste ausgehend, das ganze Hinterland am oberen Niger und Benue bis zum französischen Congo durch Bündnisse oder Schutzstaaten in den Bereich der französischen Interessen zu ziehen. Diese Bemühungen sind von außerordentlichem Erfolg gekrönt worden, und jetzt verschließt man sich auch in England nicht mehr der That, daß Frankreich im Inneren Afrikas ein Colonialreich begründet habe, das sich vom Congo nördlich bis zum Tschadsee, von Dahomey im Westen bis zum blauen Nil im Osten, fast bis an Abessiniens Grenzen erstreckt. In der That scheint die Zeit nicht mehr jene zu sein, wo die französische Ubanghi-Colonie sich bis zum Tschadsee erstreckt und sich durch die Sahara mit Tunis und Algier in Verbindung setzen kann.

In England, das sich in fast allen Theilen der Welt engagiert sieht, und dessen koloniale Schwierigkeiten im gleichen Verhältnis zu der Ausdehnung des englischen Riesenreichs wachsen, hat man sich lange Zeit der Erkenntniß verschlossen, daß das planmäßige Vorgehen der Franzosen in West-Afrika eine bedenkliche Gefährdung der englischen Herrschaft bedeutet. Die letzten Vorgänge im Nigergebiet aber haben die Engländer recht unsanft aus ihrer Sorglosigkeit aufgerüttelt und die Erkenntniß in ihnen wachgerufen, daß die französische Eroberungspolitik nicht nur die politischen Pläne Englands durchkreuzt, sondern daß die Angliederungen Frankreichs in den Hinterländern der britischen Besitzungen auch dem westafrikanischen Handel Englands eine folgenreiche Schlappe beizubringen im Begriff ist.

Die bewaffneten Zusammenstöße im Nigergebiet haben den Engländern gezeigt, daß ihr Vertrauen auf die Ergebnisse der Nigerconferenz ein blindes war, und daß Frankreich anscheinend wenig Neigung hat, die Ergebnisse dieser endlosen Conferenz abzuwarten, vielmehr im Begriff ist, vorzeitig Abschluß ein falt accompli zu schaffen.

Die Lage ist ernst, aber dem Säbelrasse wird trotzdem das Blankzeichen nicht folgen. Bisher haben England und Frankreich im Nigergebiet zwar immer mit gleichem stürmischen Eifer die gleichen Ziele erwählt, aber im entscheidenden Moment wußten sie sich doch aus dem Wege zu gehen und ernsthafte Zusammenstöße zu vermeiden. Sind wir somit von einer friedlichen Beilegung des Niger-Conflicts überzeugt, so ist dieser doch ein charakteristisches und bedeutsames Moment des überall in der Welt hervortretenden englisch-französischen Gegensatzes.

Verantwortlicher Redakteur Georg Sander in Danzig, Druck und Verlag von S. C. Alexander in Danzig.

Seidenstoffe
Befor Sie Seidenstoffe kaufen, bestellen Sie zum Vergleiche die reichhaltige Collection d.Michels Seidenstoff-Weber
MICHELS & Cie beröhrte
BERLIN Leipzig Str. 43 • Deutschlands größtes Specialhaus für Seidenstoffe u. Sammets.